

Die fortschrittliche Kirche.

England und der Geburtenkontrollbeschlus der Anglikaner.

London, 19. August. (Eigenbericht.)

Seiten hat ein Ereignis so tief und so nachhaltig auf die englische Öffentlichkeit gewirkt wie die grundsätzliche Bejahung der Geburtenkontrolle durch die anglikanische Bischofskonferenz. Immer noch diskutiert und erörtert die Presse diesen Beschluß in langen Artikeln. Der „Observer“ kennzeichnet ihn so, wie er von dem englischen Volke verstanden wird:

„Zum erstenmal in der Geschichte der christlichen Kirche hat eine Versammlung von Bischöfen entschieden, daß die Empfängnis-Kontrolle nicht immer und nicht notwendig ein Unrecht ist.“

Die Orthodoxen revoltieren und die Rationalisten jammern: das Ende der englischen Familie und der Selbstmord der englischen Rasse habe begonnen. Bischof Dr. George, der einflussreiche Führer der anglikanischen Kirche und Gegner des Beschlusses, plant mit seinen Anhängern eine große Aktion. Auch die Bischöfe von Südafrika und Westindien wollen diesem Beispiel folgen und die Erlaubnis der Geburtenkontrolle feierlich widerrufen, so daß mit schweren Auseinandersetzungen innerhalb der anglikanischen Kirche gerechnet werden muß. Außer den anglikanischen Katholiken hat jedoch auf der Konferenz nur ein einziger englischer Bischof gegen den Beschluß gestimmt, während sich verschiedene andere der Stimme enthalten haben. Die hinter dem Beschluß stehende Kirchenmehrheit setzt sich jedoch kräftig zur Wehr und verteidigt sich. „Es ist ein edler Beschluß“, ruft der Prediger Canon Donaldson von der Kanzel der Westminster-Abtei, „wie wir keinen größeren seit der Reformation erlebt haben.“

Die streng kirchliche und konservative „Morning Post“ unterliegt am Dienstag ebenfalls der Bischofsmehrheit und veröffentlicht den Kommissionsbericht, der der Lambeth-Konferenz als Grundlage für ihren Beschluß gedient hat. In diesem Bericht heißt es: In unseren Zeiten hat sich die Geburtenzahl um 50 Proz. vermindert. Daraus ist ersichtlich, daß die Verhütungsmethoden in allen Klassen der Gesellschaft bekannt sind und angewandt werden. Die Kirche fühlt sich deshalb verpflichtet, in einer Angelegenheit, die die Gewissen derart trübt, ein Führer zu sein. Entgegen der Tradition der katholischen Kirche kann deren Auffassung in dieser Frage nicht als die notwendige Endentwicklung betrachtet werden, denn die Heberlieferung der katholischen Kirche ist auf keine Direktive des Neuen Testaments zurückzuführen. Wenn aber eine Kirche in dieser Frage führend sein will, so muß sie frei und offen sprechen und den Tathachen der modernen Zivilisation ins Auge blicken. Wo die gegen den Sinn der Ehe verstoßende Enthaltsamkeit nicht stattfinden kann, darf die Kirche die wissenschaftlichen Methoden der Empfängnisverhütung nicht verdammen, sofern gute moralische Gründe hierfür vorhanden sind und sofern die Eheleute ihr Gewissen vorher streng geprüft haben.

So der Kommissionsbericht, der jenem Beschluß der Bischofskonferenz zu Grunde lag, in dessen entscheidendem Satz es heißt: „Es gibt Umstände im ehelichen Leben, die

die Beschränkung der Familienzahl durch gewisse Mittel rechtfertigen und sogar verlangen.“

Dean Inge von der Londoner St. Pauls-Kathedrale, ein bedeutender anglikanischer Theoretiker, fügte dem am Montag in einer Konferenz moderner Kirchenleute hinzu: „Wir können nicht an der Frage der Kinderzahl vorbeigehen in einer Zeit, wo jeder Zweig des sozialen Lebens rationell kontrolliert wird. Die Frage der Qualität der Bevölkerung ist zuletzt ebenso notwendig wie die Frage der Quantität.“

Nimmt man ferner jene Beschlüsse der Lambeth-Konferenz hinzu, die den Krieg verdammen und die die Bibel nicht als Dogma, sondern nur als eine Reihe von Berichten und Erzählungen betrachten, so ergibt sich klar und deutlich, daß die anglikanische Kirche bemüht ist, die Fühlung mit der Zeit und dadurch mit der sozialen, geistlichen und sittlichen Not der Volksmassen nicht zu verlieren.

Amnestie — Dann Indierfriede.

Das Angebot Gandhis an England.

London, 19. August. (Eigenbericht.)

Die Dienstagausgabe des „Daily Telegraph“ enthält den Inhalt eines Briefes, den Gandhi angeblich dem indischen Botschafter durch die Friedensvermittlung hat überreichen lassen. Der gefangene Führer der indischen Freiheitsbewegung erklärt, gemäß dem Bericht des „Daily Telegraph“, daß die Labourregierung nur über eine Minderheit im Parlament verfüge und es ihr deshalb gegenüber der Mehrheit der Konservativen und Liberalen nicht möglich wäre, dem indischen Volk die Freiheit in Form des Dominionsstatus zu gewähren. Gandhi ersucht den Botschafter und die Labourregierung jedoch, den Dominionsstatus von sich aus auf die Tagesordnung der britisch-indischen Konferenz zu setzen und vorwärts zu treiben. Zum Beweis für den guten Willen der Arbeiterregierung verlangt er eine Amnestie für alle indischen politischen Gefangenen. Als Gegenleistung erklärt er sich bereit, sein Einverständnis zur Zurückziehung der Aufforderungen zu den Gesetzesübertretungen zu geben.

Es fällt auf, daß der „Daily Telegraph“ seine Meldung in einem Beilagenartikel kommentiert, in dem er die Regierung warnt, sich auf das „Ultimatum“ Gandhis einzulassen. Im Gegensatz dazu ist unter der Voraussetzung, daß der Inhalt des Briefes richtig wiedergegeben ist, festzustellen, daß damit endlich der Weg zu einem Übereinkommen zwischen England und der indischen Freiheitsbewegung als durchaus gegeben erscheint.

Christliche Wahllügen.

Der „Deutsche“ und die Neuroder Sammelgelder.

Das christliche Gewerkschaftsorgan „Der Deutsche“ kann für sich die Ehre in Anspruch nehmen, die Unterstützungsfaktion für die Opfer der Neuroder Grubenkatastrophe zu wahl-demagogischen Zwecken mißbraucht zu haben. Bereits Anfang dieses Monats haben wir die entstehenden Ausführungen dieses Blattes sowie die Äußerungen christlicher Bergarbeiterdelegierter auf der Aachener Tagung richtiggestellt und nachgewiesen, daß die Behauptung einer einseitigen Verteilung und eines Mißbrauchs der Neuroder Unterstützungsgelder durch den sozialdemokratischen Landrat völlig aus den Fingern gelogen sind.

Das Zentrum hat sich jedoch nicht allein mit seinen Presseangriffen begnügt, sondern sich sogar zu einer politischen Aktion in Gestalt einer Anfrage im Preussischen Landtag entschlossen. Auffällig war von vornherein, daß diese Anfrage nicht, wie es natürlich gewesen wäre, von schließlichen, sondern von westdeutschen Abgeordneten unterzeichnet war. Noch interessanter ist die Tatsache, daß die Neuroder-Zentrumspresse die Zentrumsanfrage im Landtag gar nicht veröffentlicht hat, weil sie sich sicherlich bewußt war, daß die hierin aufgestellten Behauptungen nicht zutreffen. Sie hat die schwindelhaften Angriffe gegen die Sozialdemokratie ihren Freunden im Reich überlassen.

Wir haben fernerzeit bereits nachgewiesen, daß der kommissarische Landrat von Neurode dem Kreistag lediglich den Vorschlag unterbreitet hat, die einlaufenden Unterstützungsgelder zu zentralisieren, um durch eine planmäßige Verteilung Ungerechtigkeiten möglichst zu vermeiden. Der Landrat hat ferner unter

Zustimmung des Kreistages angeregt, bei der Verwendung der Gelder auch die allgemeine Notlage zu berücksichtigen und den Bau dringender notwendiger Anlagen, wie eine Kreiswasserleitung sowie die Errichtung und den Ausbau von Kinderheimen, durchzuführen. Für diese Zwecke sollten jedoch nur Mittel, die aus öffentlicher Hand stammten, Verwendung finden. Die von privater Seite gesammelten Unterstützungsgelder sollten noch wie vor nur zur direkten Hilfe für die Opfer und die Hinterbliebenen der getöteten Bergleute verwendet werden. Diesen durchaus klaren Tatbestand hatte der „Deutsche“ in einen „Mißbrauch der Unterstützungsgelder“, die für die Errichtung „roter Jugendheime“ ausgegeben wurden, umgefaßt.

Jetzt muß sich die Zentrumspresse ausgerechnet durch das Reichsarbeitsministerium, d. h. durch eine Stelle, die von einem Zentrumsmember geleitet wird, sagen lassen, daß ihr ausgelegtes Gehe, als ob die Sozialdemokratie die Unterstützungsgroschen für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute raube, einfach deplaciert ist.

Der in der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums sorgfältig unterjochte Tatbestand zeigt, daß die Verdächtigungen der Zentrumspresse gegen die Sozialdemokratie nur wahl-demagogischen Zwecken entsprechen. Trotzdem geben Blätter wie „Der Deutsche“ noch immer keine Ruhe. Seine Aufregung hat aber jetzt wenigstens eine gewisse Berechtigung infolge des begreiflichen Vergers, daß ihm ein so schöner Stoff zur Hege gegen die Sozialdemokratie flößen geht.

Koch-Weiser verschwindet!

Die Staatspartei, die er gegründet hat, läßt ihn fallen!

Die Deutsche Staatspartei nominierte am Montagabend als ihren Spitzenkandidaten in Berlin den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Es folgen der Gemeindefinanzsekretär Gustav Schneider und der Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil. Die vierte und fünfte Stelle der Kandidatenliste wurde der Sozialnationalen Reichsvereinigung eingeräumt.

Die Nominierung Dietrichs erfolgte auf Kosten des bisherigen Führers der Demokratischen Partei, Koch-Weiser. Da Koch auch auf der Reichsliste nicht untergebracht werden soll und anderwärts nicht kandidiert, wird er dem neuen Reichstag nicht angehören. Die Führung der Staatspartei dürfte an seiner Stelle entweder Dietrich oder Höpfer-Wilhoff übernehmen.

Man spielt Burgfrieden.

Die Parteiführer Treieranus (Konservativ), Dr. Scholz (D. Sp.) und Sachsenberg (Wirtschp.) haben sich in einer gemeinsamen Besprechung darüber geeinigt, daß ihre drei Parteien im künftigen Reichstag grundsätzlich Burgfrieden gegeneinander bewahren wollen. Weiterhin haben sie, wie das Nachrichtenbüro des Vereins der Zeitungsoverleger erzählt, sich entschlossen, in einem gemeinsamen Wahlaufsatz zum Ausdruck zu bringen, daß die drei Parteien gemäß sind, in sozialpolitischen, innen- und außenpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten. Ueber die Form dieser Zusammenarbeit wurden Beschlüsse noch nicht gefaßt.

Man denkt etwa an die Bildung eines interfraktionellen Ausschusses, nicht aber an eine Fraktionsgemeinschaft.

Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien sollen fortgesetzt werden, sie werden aber im wesentlichen nur noch der Formulierung des Wahlaufsatzes dienen.

Goebbels in Verlegenheit.

Unbequeme Fragen der Naziopposition.

In der Dienstagausgabe des von der nationalsozialistischen Opposition herausgegebenen „Nationalsozialist“ richtet Dr. Eugen Klossowski an den Führer der Berliner Nationalsozialisten, Goebbels, einen offenen Brief, in dem es u. a. heißt: „Herr Dr. Goebbels: Auch in der Berufungsinstant im Hindenburgischen Besichtigungsprozeß haben Sie sich mit keinem Wort äußert, wo, wann und warum Sie für Herrn von Hindenburg 14 Tage in belgischen Gefängnissen gefesselt haben und dort mit Keitpeitschen mißhandelt worden sind. Um Ihnen eine letzte Gelegenheit zur Reue unter Eid zu geben, nehmen Sie folgendes zur Kenntnis: Ein Mensch, der wie Sie im vorliegenden Fall so bewußt die Unwahrheit gesagt hat, heißt im Sprachgebrauch ein abgefäimter Lügner. An Ihnen ist es nun, in einem Besichtigungsprozeß gegen mich zu beweisen, wo, wann und warum Sie für Herrn von Hindenburg 14 Tage in belgischen Gefängnissen gefesselt haben und dort mit Keitpeitschen mißhandelt worden sind.“

Ob der „abgefäimte Lügner“, reagieren wird?

bürgerlichem Lager gestülpten Reaktion auf allen Gebieten der Sozialpolitik den Rücktritt dieser Regierung erzwungen. Ueber alle negativen Ergebnisse der bisherigen bürgerlichen Regierungspolitik werden in den Schatten gestellt von den drohenden Versuchen sozialer Entrechtung der Beamten durch das schon unter dem bürgerlichen Reichsfinanzminister Moldenhauer angekündigte Ausgabenentzugsgesetz. Statt Erfüllung längst überfälliger Forderungen droht die Regierung mit dem Abbau der Beamtenrechte auf der ganzen Linie. Niemand im bürgerlichen Lager denkt noch an die gesetzliche Regelung der Arbeitszeitfrage, an die Neuordnung des Urlaubsrechts und andere dringende Fragen des Beamtenrechts.

Was plant statt dessen die bürgerliche Minderheitsregierung? Sie verschlechtert in weitestem Umfange das Beamtenrecht durch ihr Ausgabenentzugsgesetz, in dem sie Bestimmungen der Personalabbauverordnung wieder aufleben läßt. Sie verordnet Nichtanrechnung der Bartestandszeit auf das Pensionsdienstalter — Anrechnung von privatem Arbeitseinkommen auf Pensionen, Wartegeld und Witwenpensionen, jedoch ohne Berücksichtigung des Einkommens aus Kapitalbesitz — Entlassung weiblicher Beamten bei ihrer Verheiratung — Urlaubsfürzung usw. Mit dieser Rechtsverschlechterung untergräbt die Regierung das Berufsbeamtentum, ohne nennenswerte Ersparnisse im Interesse der Volksgemeinschaft zu erzielen, was doch angeblich der Zweck der Übung sein sollte. Keine bürgerliche Partei — das muß man aus den Vorgängen der letzten Jahre folgern — wird den grundsätzlichen Kampf gegen die im Ausgabenentzugsgesetz geplanten Verschlechterungen des Beamtenrechts führen. Die bürgerlichen Parteien, hinter denen Unternehmertum und Großagrarier stehen, haben von sich aus kein Interesse an einer grundlegenden Umgestaltung des Beamtentums in freiheitlichem Sinne.

Während die beamtenrechtlichen Stellungen der Beamten durch die reaktionären Mächtschaften der Feinde jeder Sozialpolitik sturmreif gemacht werden, benutzen die gleichen Kreise die Wirtschaftskrise zu Lohn- und Gehaltsabbau, ohne zugleich eine wirkungsvolle Preislenkung herbeizuführen. Hand in Hand mit dem Lohnabbau hat der Generalfürst auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten, auf Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung eingeseht — ein unwiderlegbares Kriterium der wohlüberlegten Tendenz dieser „Regierung der Frontkämpfer“. Die Beamten müssen die ungeheure Gefahr erkennen, die auch für sie in diesem konsequent durchgeführten Generalfürst auf die gesamte Arbeitnehmerchaft liegt. Beamte werden gegen Arbeiter und Angestellte — Arbeiter und Angestellte gegen Beamte ausgespielt, wenn nur das Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Niederringung der Massen erreicht wird.

Schon die vorstehende, keinesfalls lückenlose Darstellung der Grundhaltungen der bürgerlichen Regierung zwingt die Beamten, jeder politischen Reaktion Kampf anzusagen. Und auch für die Beamten ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um Klarheit zu schaffen über ihre Stellung zu den politischen Parteien, sowohl für die kommenden Reichstagswahlen als auch grundsätzlich. Nachdem die sogenannten „Parteien der Mitte“ entweder sich selber begraben oder vor aller Öffentlichkeit bezeugt haben, daß sie infolge ihrer Sammlung von der Mitte bis ganz rechts nicht daran denken können, eine geradlinige Politik des Fortschritts zu treiben, bleibt den Beamten, wenn sie sich nicht für eine ausgesprochene Rechtsorientierung entscheiden wollen, gar keine Wahl mehr.

Sie gehören in die Reihen der Sozialdemokratie!

Oder wollen sie sich auf die Seite derer schlagen, die in übersteigertem Rationalismus oder in politischem Zerstückelungswahn den heutigen Staat zerbrechen möchten, ohne etwas Besseres an seine Stelle setzen zu können? Sie versprechen goldene Berge, aber das Ergebnis ihrer politischen Tätigkeit kann nur das Chaos sein. Es ist jetzt nicht mehr Zeit, in Erinnerungen zu schwelgen oder vergangenen Perioden nachzutraumern. Der für die Wahlen einsetzende politische Kampf fordert den ganzen Mann! Wegen der Beamten selber kann man nur wünschen, daß sie ihre Klassenlage erkennen und in den eigenen Reihen rechtzeitig Klarheit schaffen darüber, was falsche Einstellung am 14. September 1930 für das Beamtentum im ganzen bedeuten würde.

Wer siegen will, muß kämpfen!

Paß ...!

Kommunisten und Kommunisten.

Die sogenannte kommunistische Opposition (Richtung Brandler) lebt zwar mit der Stalin-Richtung der Moskauer noch auf gespanntem Fuß, aber sie hat doch ihre Anhänger aufgefordert, die offiziellen Kommunisten zu wählen. Für diese Selbstlosigkeit muß sie sich einen Kübel voll Liebenswürdigkeiten über den Kopf gießen lassen, etwa in diesem Stile:

Brandler-Paß!

Das Sudelblättchen Brandlers in Leipzig versucht in üblicher Praxis durch ebenso blöde wie schmutzige Beschwörungen, der SPD ein wenig Wahlmaterial gegen die KPD zuzuschleusen. Die Schmirerfinken des korrupten und kaum noch vegetierenden Brandler-Grüppchens wagen, von Isolierung der Partei zu quaten und gehen ihre fettigen Schmutzblätter gegen führende Parteimitglieder aus. Und dann kommt das Befehnis des völligen Zusammenbruchs in der Barock, antwort aufstellung eigener Listen für die Liste der KPD im Wahlkampf zu stimmen.

Damit sich niemand einer Illusion hingeebe: Es ist nur eine Geldfrage. Die Geldgeber und Peitzhändler a la Eward Fuchs und Wenl-Frankfurt können ihnen infolge der schlechten Konjunktur nicht mehr so wie früher unter die Arme greifen. Deshalb die plöthliche „Liebe“ für Vite 4. Was die Brandler-Denunziationen nicht hindert, in Thüringen und Sachsen im Geheimen Anweisungen zur Wahl der SPD zu geben. Jeder ehrliche Arbeiter wird diesen Burischen, wo auch immer er sie trifft, ins Renegatengesicht spuden ...

Das steht alles wörtlich in der „Roten Fahne“, dem Organ der Stalinisten, zu lesen. Man muß wirklich die ehrlichen Frauen vom Markte noch nachträglich um Entschuldigun dafür bitten, daß vergangene Geschlechter sie als das Beispiel der höchsten Schimpflichkeit ansahen. Diese früheren Geschlechter haben leider die Besolungen Schimpfholbe nicht gekannt, die heute mit „proletarischer Politik“ im kommunistischen Gewande handeln.

Stöhr und die Bombenleger.

Berleumdungsprozess gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten.

Gewissermaßen ein Vorpiel zum Bombenlegerprozess bildete gestern eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Es zeigte sich wieder einmal, mit welcher demagogischen Mitteln die Nationalsozialisten arbeiten, wie sie selbst nicht vor den gemeinsten Berleumdungen zurückschrecken, wenn es gilt, für ihre Partei politischen Profit herauszuschlagen.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stöhr hatte sich wegen Beleidigung und übler Nachrede zu verantworten; der Strafantrag war von dem Reichsinnenministerium für Grzesinski und Jürgel gestellt worden. In der nationalsozialistischen Pressekorrespondenz vom 3. September 1929, also zu einer Zeit, als die ganze Welt bereits wußte, daß niemand anders als Mitglieder der Landvolkbewegung bei den Bombenattentaten ihre Hand im Spiele hatten, erschien ein Artikel mit der Überschrift „Weimarer Bombenwerfer“. Es wurde darin behauptet, daß die Sprengstoffattentate in Berlin und Schleswig das Werk von Vorkämpfern der gegenwärtigen Machthaber seien, daß es sich um eine planmäßige Anstiftung von Jürgel, Grzesinski und Severing handle, um die Bevölkerung um jeden Preis gegen die Nationalsozialisten aufzupeitschen; es seien die bekannten hunds-förmlichen Methoden der Nach-November-Regierung; der Tag der Abrechnung würde schon kommen, die Beweise für die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen würden in der nächsten Nummer der Korrespondenz gebracht werden.

Die Beweise blieben aus. Daß aber in Wirklichkeit eben dieselbe Nationalsozialistische Partei, deren Korrespondenz Reichsminister und Mitglieder der preußischen Regierung der Anstiftung zum Bombenwerfen bezichtigte, genau über die Urheber dieser Bombenattentate im Bilde gewesen sein mußte, zeigte bald die gerichtliche Ermittlung. Man fand nämlich ein Schriftstück des nationalsozialistischen Abgeordneten Lohse, in dem er schrieb, daß die Landvolkleute ihm schwer zu schaffen machten; es bestehe die Gefahr, daß die Dummheit dieser Leute gefährlich werden könnte; es sei ihm ganz gleichgültig, mit welchen Mitteln sie kämpften. Herr Lohse war aber Gauleiter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Auch ein anderer nationalsozialistischer Herr, nämlich der Schriftleiter des „Niederländischen Beobachters“, H. W. Hein, der aus der Partei wegen seiner Mitarbeit am „Landvolk“ ausgeschlossen wurde, wußte ganz genau Bescheid. So hieß es in einem seiner Briefe an den Schriftleiter des „Landvolk“, von Salomon, über die Verhandlungen des Nürnberger Parteitages wegen seines Ausschlusses: Man habe zwar hervorgehoben, daß er ein tüchtiger D. C. Mann sei, habe ihm aber zum Vorwurf gemacht, daß er von den Bombenattentaten Bescheid gewußt habe.

Diese Vorgänge sind auch Herrn Stöhr nur zu gut bekannt gewesen. Seine Behauptung, die Bombenattentate seien von Vorkämpfern der Regierung ausgeführt, stellen also den Gipfel der wissenschaftlichen politischen Berleumdung dar.

In der gestrigen Verhandlung wollte Herr Stöhr das allerdings nicht wahr haben; er habe nichts geahnt. Wie so wußte er denn aber, daß ausgerechnet Severing, Grzesinski und Jürgel ihre Hand im Spiele hatten? Der Staatsanwalt beantragte 1000 Mark Geldstrafe; der Bericht verurteilte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten wegen übler Nachrede zu 500 Mark Geldstrafe. Eine milde Strafe bei derart schwerwiegenden Berleumdungen.

Begfall der amtlichen Stimmzettel.

Wahlreformberatung der Reichsregierung. — Kürzung der Abgeordnetenzahl.

Das Reichskabinett hat sich am Dienstag in mehrstündiger Debatte mit dem Gesetzentwurf des Reichsinnenministeriums zur Wahlreform beschäftigt. Die Debatte soll am Mittwoch fortgesetzt und abgeschlossen werden.

Der Gesetzentwurf sieht außer dem Verschwinden der Reichsliste und der Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 35 auf 162 u. a. noch die Schöpfung von 32 Wahlverbänden vor, die wiederum in 12 Landesgruppen zusammengefaßt werden sollen. Ferner ist der Wegfall der amtlichen Stimmzettel in Aussicht genommen. Das bedeutet, daß künftig jede Partei, die sich um die Gunst der Wähler bewirbt, die erforderlichen Stimmzettel selbst zur Verfügung stellen muß. Schließlich ist noch beabsichtigt, die Zahl der Stimmen, die zu einem Mandat erforderlich ist, von 60 000 auf 70 000 zu erhöhen. Dadurch würde der Reichstag bei der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Wahlbeteiligung etwa 50 bis 60 Abgeordnete weniger zählen als bisher.

Auch die Einführung des Wahlschwanges spielt in den Beratungen des Kabinetts eine gewisse Rolle. Eine Mehrheit für diesen Gedanken dürfte sich jedoch innerhalb der Reichsregierung kaum ergeben.

Branntweinverbot am Wahltag.

Ein Erlass der Preussischen Regierung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird in der nächsten Nummer der Preussischen Gesetzsammlung eine von dem preussischen Minister des Innern erlassene Bekanntmachung veröffentlicht werden, durch die für den Bereich des Landes Preußen anlässlich der Wahlen zum Reichstag der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein für Sonntag, den 14. September verboten wird.

Das Verbot des Kleinhandels mit Trinkbranntwein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen und versiegelten Flaschen abgegeben wird. Der Minister hat alle Polizeibehörden ermahnt, die Innhaberschaft dieser Vorschriften auf das strengste zu überwachen. Sofern an einzelnen Orten Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß durch den Ausschank von sonstigen geistigen Getränken am Sonntag, dem 14. September 1930 in den Abendstunden eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung eintritt, bleibt es den Ortspolizeibehörden unbenommen, einen früheren Beginn der Polizeistunde festzusetzen.

Die Krise in Bayern.

Die Schlachtsteuer-Notverordnung wieder vor dem Landtag.

München, 19. August.

Das Plenum des Landtags trat heute nachmittag zusammen, um zu den sozialdemokratischen, bayerischen und kommunistischen Anträgen auf Aufhebung der Schlachtsteuer-Notverordnung Stellung zu nehmen.

Dazu war ein weiterer sozialdemokratischer Antrag eingegangen, der den Ausfall eines Betrages von etwa 8 Millionen Mark, den die Schlachtsteuer-Notverordnung erbrachte, durch die Schlachtsteuer-Notverordnung ersetzen sollte, derart gedeckt sehen will, daß durch Verhandlungen mit den Religi-

Triumph über das Entwaffnungsgesetz.

In Brandenburg warfen Nazis ihren Gegnern Pfeffer und Zement in die Augen.



„Gottlob, alle geistigen Waffen kann uns der Waentig nicht nehmen!“

Unsere Kandidaten.

Der Wahlaufmarsch der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichsliste wird am Donnerstag von einer vom Parteiausschuss der Sozialdemokratie gewählten Kommission festgesetzt. Wir lassen hier die bisher noch nicht veröffentlichten Kandidatenlisten der Wahlkreise folgen:

Wahlkreis 19 — Posen-Rassau:

Philipp Scheidemann, Franz Reg. Heinrich Beder, Michael Schnobrich, Andreas Portune, Otto Witt, Friedrich Hofacker.

Wahlkreis 20 — Köln-Rachen:

Willy Sollmann, Hans Böttler, Hans Kappergh.

Wahlkreis 21 — Koblenz-Trier:

Emil Kirichmann, Franz Krüger, Peter Brand.

Wahlkreis 22 — Düsseldorf-Ost:

Heinrich Limberg, Lore Ignes, Robert Baum, Karl Söwig.

Wahlkreis 23 — Düsseldorf-West:

Bauf Gerlach, Johann Thabor, Alfred Schay, Otto Schulenberg, Rogda Wiltz.

Wahlkreis 27 — Pfalz:

Johannes Hoffmann, Fr. Wilh. Wagner, W. Hoffmann-Kaiserslautern, Marie Wolf-Spenger.

Wahlkreis 29 — Leipzig:

Richard Lipinski, Hugo Soupe, Engelbert Graf, Margarete Starrmann-Hunger, Cornelius Sellert.

Wahlkreis 34 — Hamburg:

Peter Grafmann, Johanna Keige, Biedermann, Bergmann, Karl Offers, Heinz Steinfeld.

Die Wahlkreise 28 (Dresden-Bautzen) und 30 (Chemnitz-Zwickau) stellen ihre Kandidaten am kommenden Sonntag auf.

Von den bisherigen Abgeordneten werden nicht mehr kandidieren: Wilhelm Bock, Karl Ulrich, Heinrich Peus, Robert Schmidt, Lübbring, Staab, Kogke, Schilde, Dr. Duestel, Bülow, Jacobshagen, Brahmwig, Anna Stenzen, Luise Schiffgens und Marie Arning.

ausgesellschafteten die gesetzlichen und freiwilligen Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften gekürzt werden sollen. Sollten die Verhandlungen nicht zum Ziele führen, so seien von den freiwilligen Leistungen 8 Millionen Mark nach einem einheitlich zu bemessenden Hundertsatz noch in diesem Haushaltsjahr zurückzubehalten.

Bei außerordentlich stark besetzten Tribünen gab der Präsident bekannt, daß die Staatsregierung die Vorberatungen sämtlicher Gegenstände der Tagesordnung ausschließlich des neuen sozialdemokratischen Antrages wüßte. Nach drei Minuten Dauer schloß die mit Spannung erwartete Sitzung, und unmittelbar darauf trat der Haushaltsausschuss zusammen.

125 000 Gewehre verschoben.

Aus allen österreichischen Heeresbeständen. — Käufer unbekannt.

Prag, 19. August. (Eigenbericht.)

Die tschechoslowakische Presse meldet, daß aus den Beständen der tschechoslowakischen Armeeverwaltung 125 000 Infanteriegewehre des österreichischen Modells 1895 und 4000 Maschinengewehre sowie die dazu gehörige Munition nach Ungarn verkauft und verschoben worden sind. Die Waffen, die von der tschechoslowakischen Armee aus den Beständen der alten österreichischen Armee übernommen worden waren, aber nicht benutzt werden konnten, weil die tschechische Armee mit anderen Modellen ausgerüstet ist, sollen mit italienischem Gelde aufgekauft und bezahlt worden sein. Wer die Waffen verkauft und verschoben hat und an welche Personen sie veräußert wurden, ist bisher noch unbekannt. Die tschechische Presse fordert von der Militärverwaltung Aufklärung über die „mysteriöse Angelegenheit“.

Mehrere tschechische Blätter melden im Zusammenhang mit dem Verkauf bzw. der Verschlebung der Waffen, daß auch die österreichische Heimwehr aus den Waffenbeständen der tschechischen Armee versorgt worden ist.

Richter Lynch.

Volksmenge martert einen Neger zu Tode.

Tarbova, 19. August. (Eigenbericht.)

200 maskierte Weiße hielten am Dienstag einen jungen Neger aus dem Gefängnis, der vor Wochen zwei weiße Mädchen angegriffen hat. Der wehrlose Gefangene wurde von seinen Peinigern an einen Baum gehängt und zu Tode gemartert.

Explosion auf einem französischen Kreuzer. Bei einer Benzinexplosion an Bord des im Hafen von Brest liegenden Kreuzers „Somme-Bicquet“ sind vier Matrosen verlegt worden.

Kanada verbietet Einwanderung.

Die neue Regierung gegen Empire-Politik.

Ottawa, 19. August. (Eigenbericht.)

Die neue kanadische konservative Regierung hat am Freitag ein strenges Einwanderungsverbot erlassen. Alle bisherigen Zulassungsverordnungen sind aufgehoben. Für den europäischen Kontinent ist die Einwanderung völlig gesperrt und Engländer werden nur ins Land gelassen, wenn sie mit so viel Kapital versorgt sind, daß sie sich aus eigenen Mitteln ernähren können, da Kanada von der Arbeitslosigkeit heimgesucht ist. Saisonarbeiter, die aus England vorübergehend in Kanada arbeiten wollen, bedürfen der besonderen Genehmigung durch die Regierungen der einzelnen Provinzen. Im vergangenen Jahre waren von England 60 000 Siedler eingewandert und 64 500 aus anderen Staaten.

Robert Borden, der ehemalige Ministerpräsident, wurde von der Regierung als kanadischer Delegierter für den Völkerbund bestimmt.

Die Anarchie in China.

Die letzten Reserven ins Gefecht geführt.

Paris, 19. August.

Wie die „Agentur Indopacifique“ aus Shanghai meldet, haben die Hunan-Truppen Tschanju ohne Zwischenfall besetzt. Amerikanische katholische Missionare, die nach dreizehntägiger Flucht in Hunan eingetroffen sind, äußern ihre Besorgnis über das Schicksal eines protestantischen Geistlichen und mehrerer in der Stadt Kantschau (Provinz Kiangsi) zurückgebliebenen Familien, wo die Kommunisten unter Leitung von Studenten das Sowjetregime eingeführt haben.

Der Korrespondent der „Agentur Havas“, der Nanjing besucht hat, berichtet: In der Hauptstadt herrscht trotz der militärischen Fortschritte der Truppen große Not. Tschangtschong bietet seine letzten Reserven an Menschen und verfügbaren finanziellen Mitteln auf. Die Mehrzahl der Polizeikräfte ist militärisiert worden. Die Banditenüberfälle haben zugenommen und greifen bis in die Mauern der Hauptstadt um sich. Ein Banditenführer hält ein Landhaus, das Tschangtschong selbst gehört und nur zehn Kilometer von Nanjing entfernt ist, besetzt. Die Soldaten plündern, die revolutionäre Gefahr in der Hauptstadt wird immer drohender. Die Behörden suchen durch Massenhinrichtungen dagegen anzugehen. Auch einflussreiche Persönlichkeiten werden hingerichtet.

Wiederzusammentritt des Ständigen Reichstagsausschusses. Am Freitag tritt der Ständige Ausschuss des Reichstages wieder zusammen, um sich mit Immunitätsfragen zu beschäftigen. Außerdem wird er sich mit einer Verordnung der Reichsregierung zur Ausführung des Weingesetzes befassen.

Wir stehen im Kampf!

Riesige Wahlkundgebung der Berliner Sozialdemokratie in der „Neuen Welt“. „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“

Der kaiserliche Reichskanzler Fürst Bülow rief vor dem Kriege aus Anlaß einer großen internationalen sozialdemokratischen Kundgebung in der Neuen Welt selbstbewußt aus: „Die deutsche Politik wird nicht in der Gasenheide gemacht!“ Heute wird die deutsche Politik in den Arbeitervierteln der Großstädte gemacht oder zum mindesten im höchsten Maße beeinflusst. Das bewies wieder einmal der überaus starke Andrang zu der imposanten Wahlkundgebung, mit der gestern in der Neuen Welt die Berliner Sozialdemokratie die Reihe der großen Wahlversammlungen eröffnete.

Es war ein Bild starker, unerjüchterlicher Geschlossenheit, das sich dem Reichsausschuß in dieser Versammlung bot. Alte und junge Kämpfer, Männer und Frauen, alle vereint in der großen Arbeiterfront der Sozialdemokratie. Leuchtendes rotes Tuch hängt von den Brüstungen, Reichsbanner, -mützen und ein stürmisch begrüßter Fahnenmarsch der Jugend geben den Auftakt der Kundgebung. Den Willen unseres Nachwuchses kündet ein großes rotes Transparent:

„Jungarbeiter, wählt Sozialdemokraten!“

Wir stehen im Anfang der Wahlbewegung, aber wenn alle Kundgebungen der Berliner Sozialdemokratie den gleichen festen Willen zeigen, am 14. September mit den Diktaturgeistes welcher Richtung auch immer aufzuräumen und dem Bürgerblockkabinett Brüning die gebührende Antwort zu geben, dann wird uns Berliner Sozialdemokraten der Sieg gewiß sein. Die Arbeiterschaft und die Jugend stehen fest zu unserer Partei. Wer in der Neuen Welt gestern die Männer und Frauen der schweligen Faust, die Köpfe der Angestellten und kleinen Beamten und unsere Jungen und Mädchen gesehen hat, weiß, das arbeitende Volk von Berlin kämpft vereint mit der Sozialdemokratie für seine Ziele.

Das erste Referat des Abends hielt das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes

Wilhelm Dittmann.

Er führte aus: „Die widerrechtliche Anwendung des Artikels 48 durch das Bürgerblockkabinett Brüning führte zum Widerspruch der Sozialdemokratie und damit zur Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten und zur Auflösung des Reichstages. Das Kabinett Brüning hatte an der Auflösung das geringste Interesse, und das ewige Drohen mit ihr wurde ein Schoß, der nach hinten losging, weil Hugenberg ein Interesse daran hatte, die von ihm abgeplatteten Gruppen niederzubügeln, bevor sie sich eine Organisation geschaffen hätten. Brüning war der faulste Herrling, der die Geister nicht los wurde, die er gerufen hatte. Es zeigte sich, daß für das Kabinett der Wille, ohne und gegen die Sozialdemokratie zu regieren, die schwersten innenpolitischen Folgen hatte. Woher rührt Brünings Kompromisse gegen die Sozialdemokratie? Die Wirtschaft hat auf die Politik einen überwiegenden Einfluß, und der hochkapitalistische Einfluß ist in allen bürgerlichen Kreisen und Parteien gleich stark. Nicht umsonst entzündete sich der Konflikt an der Arbeitslosenversicherung. Solange das Kabinett

Wüller nach seinem Siege über den Bürgerblock im Jahre 1928 am Ruder war, wurde der Abbau in der Sozialgesetzgebung verhindert. Für die Scharfmacher ging der Kurs viel zu weit nach links. Das deutsche Proletariat kann Wüller nicht dankbar genug sein, daß er damals alle Angriffe abfuhr. Erst das Kabinett Brüning gab dem Kapital die Möglichkeit, auf allen Gebieten eine arbeiter- und volksfeindliche Politik zu treiben. Wir haben die kaum verhüllte kapitalistische Diktatur gezwungen, ans Volk zu appellieren! Sobald es gegen das Kapital geht, zum Beispiel in der Frage der Preisdiktatur der Kartelle, versagt das Kabinett Brüning und bringt seine Notverordnung. Wer steht heute hinter der Regierung? Das Bürgertum quirt und wärzelt durcheinander und scheut sich, wie 1918, mit allen Parteinamen vor die Wähler zu treten. Ein kräftiges Donnerwetter muß in die Kreise hineinfahren, die sich anmaßen, Diktatur zu spielen. (Stürmischer Beifall.)

Sauen wir sie zusammen, daß ihnen die Lust zu neuen Abenteuern vergeht.

(Erneute begeisterte Zustimmung.) Genau so wie gegen sie aber kämpfen wir gegen die Scheinsozialistischen Parteien, die Steigbügelhalter des Kapitals, gegen Kommunisten und Falkenkreuzler. Alle Kräfte setzen wir ein für die eine große Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie!

Frauen, her zu uns!

Einen klammernden Appell an die Frauen richtete Marie Kunert. „Für us Frauen ist nicht mehr Entsagung, sondern Solidarität mit allen Schöpfenden not. Der Kapitalismus und durch ihn der Bürgerblock raubt uns einen Teil der Wochenhilfe, freudet uns durch den § 218 und verlangt Rotopfer von den Arbeitslosen, den Kriegsoptern und den Kranken. Der Abbau der Krankenversicherung ist Förderung der Proletariatkrankheiten, der Skrophulose, der Rachitis und der Tuberkulose. Wir verlangen die Würdigung der Mutterchaft. Die Erfolge unseres Kampfes zeigen sich in der Wochenhilfe, der Wochenfürsorge, der Stützgeldbewilligung, der Schwangerenfürsorge und der Aufhebung von Gebührensordnungen und Borden. Wir wollen gleiches Recht für eheliche und uneheliche Kinder und

Wir wollen für unsere Kinder, die wir mit Schmerzen zur Welt bringen, Völkerverehrung und Völkereiden.

Ueberlegen wir uns einmal, was geschieht, wenn ein Treubrancher Außenminister wird. Frieden, Freiheit, Recht und Brot, das sind die großen Kampffelder der Sozialdemokratie! (Stürmische, allseitige Zustimmung.)

Noch einmal appellierte der Vorsitzende, Genosse Harnisch, an den Kampfeswillen aller Berliner Sozialdemokraten. Die Versammelten erhoben sich: Aus Tausenden von Kehlen erklang unser altes Stimmlied, die Internationale.

Kampfesfreudig und siegesgewiß tritt die Berliner Sozialdemokratie in die Wahlschlacht. Das hat ihre erste große Wählerversammlung mit aller Deutlichkeit gezeigt!

Massenaufmarsch in Tempelhof.

Auch die Tempelhofer Sozialdemokraten führten gestern ihre erste große Demonstration durch. Der Zug zog mit roten Fahnen und Wahlplakaten vom Teltowkanal durch die Arbeiterwohnbezirke, von den Begnern mit erstaunten Zurufen empfangen und von den Genossen und Arbeitern herzlich begrüßt.

In dem großen Garten einer Gastwirtschaft fand anschließend eine überfüllte Kundgebung statt, in der Franz Künstler sprach. Er zeigte die Ziele der Bürgerblockpolitik auf und rief zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiterschaft auf. Der Bürgerblock will, wenn es ihm nicht gelingt, im neuen Reichstag seine Notverordnungen und darüber noch hinausgehende Massenbelastungen durchsetzen, den Reichstag erneut auflösen und die offene Diktatur durchführen. Die besten Hilstruppen dabei sind für das Kapital die Kommunisten, die die Arbeiterschaft spalten, und die Nationalsozialisten, die die Arbeiter von ihren wahren Klasseninteressen ablenken. — Künstler schloß mit dem Ruf: Wir aber werden die Kapitaldiktatur brechen! Das arbeitende Volk wählt am 14. September nur Sozialdemokraten! Der begeisterte aufgenommenen Rede schloß sich die Vorführung des sehr wirksamen Trickfilms „Dem deutschen Volke“ an, der viel freudige Zustimmung fand.

Papierfabrik eingäschert.

Kind aus dem brennenden Bett gerettet. — 45 Mann ohne Arbeit.

Saarbrücken, 19. August.

Zu der Nacht zum Montag ereignete sich in Forbach (Lothringen) ein schweres Brandunglück. Die Papierfabrik von P. Allard brannte vollständig nieder. Die Frau des Besitzers konnte ihr Kind erst im letzten Augenblick aus dem brennenden Bett retten. Mehrere Feuerwehreinheiten wurden verlegt. Der Schaden beläuft sich auf etwa eine Million Franken. Die 45köpfige Belegschaft ist erwerbslos geworden.

Freitag Urteil über Röntgenial.

Am Röntgenialer Prozentsatz sprach heute zum Abschluß der Verteidigungsreden Rechtsanwalt Dr. Sack. Nach einer kurzen Replik des Vertreters der Nebenkläger wurde die Verhandlung bis Freitag mittag ausgesetzt. Falls das Gericht bis dahin seine Beratungen beendet haben wird, wird dann das Urteil verkündet werden.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Donnerstag, den 21. August, 19½ Uhr, Uebungsstunde im Gefangenenhaus der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

„Nun, nein...“ gab Una zu, angefichts dieser unwiderstehbaren Aufdeckung der liberalen Trugschlüsse.

Das Buch glüht in ihren Schöß.

„Wie wundervoll dieser wolliche Streifen großer Wolken dort zwischen den beiden Bergen ist!“ sagte sie. „Ich möchte am liebsten dort hineinfliegen... Ich bin so müde. Die Wolken beruhigen mich ja.“

„Natürlich sind Sie müde, Kleinschen. Vergessen Sie einfach all dieses Zeug über diese Leute im Glend. Kann Ihnen nur sagen, ein Mensch, der im Beruf steht, hat genug mit sich zu schaffen.“

„Ja...“ sagte Una.

Täglich legte sie sich zurück, die Hände unterm Kopf, die Finger in das lange, kühle Gras gesteckt. Das Summen von Insekten umkreiste sie. Die Halme vor ihren Augen standen gleich einem Wald empor. Sie wendete den Kopf, um ein Marienkäferchen zu betrachten, das fleißig bemüht war, auf der einen Seite eines Grashalmes hinaufzukletteren, um gleich darauf, mit demselben Eifer, auf der anderen Seite wieder hinabzukletteren. Stets bereit, im Geiste das Büro als Gleichnis zu verwenden, verglich Una die Methode des Marienkäfers mit Troy Wilkins Gewohnheit, die Briefe einordnen zu lassen und sie gleich darauf wieder zu verlangen. Sie wendete ihr Gesicht dem Himmel zu und fühlte sich beseligt von dem kühnen Kontrast der geballten Wolken und des strahlend blauen Himmels.

Hier konnte sie sich der Ruhe hingeben; sie fühlte sich so sicher mit diesem freundlichen Herrn Schwirz, der sie so sorgfältig gegen die Außenwelt schützte — sicherer und zufriedener, überlegte sie, als sie sich je mit Walter Babson hätte fühlen können... Ein Habicht stieg über ihrem Kopfe empor, ein vollendetes Ding sonnenbeschienener Anmut; die Gräser dufteten warm und lieblich und unter ihr pochte der glückliche Pulsschlag des sommerlichen Landes.

„Ich bin ein armer, alter Grobian,“ sagte Herr Schwirz, „aber hier mit Ihnen fällt alles Verbe so von mir ab, daß ich mir verflucht anständig und beinahe wie ein ehrbarer Bürger

vorkomme. Ehrenwort, Kleinschen, hab' mich, soweit ich zurückdenken kann, nicht so wohl gefühlt.“

„So. Und ich...“ sagte sie.

Er rauchte, während sie, von der Nachmittagsruhe gewiegt, beinahe in Schummer versiel.

Als eine Amsel eine Krähe aufsuchte und verfolgte, richtete sich Una empor, um die Jagd in den Lüften zu beobachten, und Herr Schwirz fing zu reden an.

Er sprach über Aeroplane und hatte eine ebenso bestimmte Meinung über das Flugwesen wie über den Sozialismus. Es schien, daß jemand, der absolut im Mittelpunkt des Flugwesens stand — einer, der tatsächlich nächsten Monat oder nächste Saison ganze Tonnen von Aeroplanen zum Anstrich von Flugzeugen verwenden würde — Herrn Schwirz geheime Winke gegeben hatte, daß im Laufe der nächsten Monate ein täglicher Passagier- und Postverkehr mittels Aeroplanen über den Atlantischen Ozean stattfinden werde... „Obwohl“, meinte Herr Schwirz nicht ohne Objektivität, „ich lange nicht Ja und Amen sage zu all dem, was diese begeisterten Narren behaupten. Daß die Flugzeuge zum Beispiel im Kriege nicht die Rolle spielen, die man erwartet hatte, konnte doch jeder sehen. 's ist eben doch zu leicht, so 'n Ding runterzuschleichen.“ Doch seine Informationen waren so zuverlässig, daß er von dem Unternehmen seines Kunden, auf Grund einer privaten Information natürlich, hundert Stück Aktien gekauft hatte. Zu drei Dollar das Stück. Würden im Augenblick, wo der regelmäßige Passagierverkehr eröffnet würde, zweihundert wert sein.

„Aber trotzdem nahm ich nur hundert Aktien. Ich halte nichts von all diesen Börsenspekulationen. Was ich für das Richtige halte, ist eine gesunde, sichere Kapitalanlage,“ sagte Herr Schwirz.

„Ja, ich glaube, Sie sind ungeheuer praktisch,“ meinte Una. „Gott! Von drei Dollar auf zweihundert! Da würden Sie ja ein Riesenvermögen dran verdienen.“

„Na ja, ich will noch nichts gesagt haben. Bilde mir gar nicht ein, ein Morgan zu sein. Kann auch noch neun oder zehn Jahre dauern, bevor wir ein ordentliches Geschäft damit machen. Und es kann natürlich immer noch geschehen, daß die Aktien niemals über pari steigen. Aber immerhin, ich meine schon auch, daß ich nicht eben unpraktisch bin — jedenfalls nicht so wie diese Sozialisten, ha, ha!“

„Wo haben Sie eigentlich Ihre kaufmännischen Erfahrungen gesammelt?“

Diese Frage ermutigte ihn, seine Lebensgeschichte zu erzählen.

Es war hauptsächlich eine Geschichte von Daten, Städten und Anstellungen — Anstellungen, die er gehobt und solchen,

die er aufgegeben hatte, und all die vernichtenden Dinge, die er den bölen Chefs zur Zeit seiner triumphierenden Kündigungen gelagert hatte... Angestellter eines Warenhauses, eines Kleiderhauses, einer Kurzwarenhandlung — all dies in Ohio. Ein ganz entschuldigbarer, beinahe lobenswerter Mißerfolg mit einer eigenen Kurzwarenhandlung in einer mäßigen Stadt in Wisconsin. Wieder ein halbes Duzend Anstellungen. Inkauffant einer Gesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen in Nebraska, wobei er von Farm zu Farm in einem leichten Wägelchen fahren mußte. Reisender eines Engrosgeschäftes in St. Paul, eines Konfektionshauses in Chicago. Verheiratet. Kompanon seines Schwagers in einem Bostoner Farbenhauses; dann der Lomry-Farben-Gesellschaft in Jersey City; jetzt bei der Automobil- und Wachs-Gesellschaft. Die typische Karriere des amerikanischen Geschäftsmannes, bemerkte er, aber dennoch irgendwie deutlich verschieden, anders als bei anderen. — Ein leitender Stern...

Una hörte, beifällig murrend, zu, und er fühlte sich zu dem Versuch ermutigt, sein inneres Leben zu erklären, das hinter all diesen Berufen lag. Jögernnd suchte er seine Knabenzeit aufleben zu lassen, die er im Hügeland von West-Virginia verbracht hatte; er hatte Monogramme in Baumrinden eingeschnitten, Wiesen gemäht, Getreidegrannen geraucht, war eingesperrt worden — er erzählte vom Tode seines Vaters und von einem Irving, der sein Freund gewesen war in den zwei Jahren, in denen er die Mittelschule besucht und Zeitungen ausgetragen hatte. Von seinem Entschluß, „etwas zu werden“. Von seiner Ankunft in Columbus, Ohio, mit genau achtundsiebzig Cents — er betonte es nachdrücklich: „genau achtundsiebzig Cents, ich hatte keinen Cent mehr, als ich anfing, mich um eine Stelle umzusehen, und ich konnte nicht einen einzigen Menschen in der Stadt!“ In diesem ersten Jahr in Ohio pflegte er abends Bücher zu lesen; er erinnere sich nicht mehr genau an die Titel, sagte er, aber er wisse bestimmt, daß er eine ganze Menge gelesen hatte... Endlich sprach er von seiner Frau; wie er mit ihr im Wagen gefahren war; von dem netten Häuschen, das sie besessen hatten, mit dem kleinen Stuhl davor und dem Schaukelstuhl auf der Veranda. Von ihren ehelichen Zwistigkeiten — er erklärte, daß seine Frau geizig tat und „mehragene Sachen“ im Kopf hatte, doch hob er lobend hervor, daß sie „dann nachgegeben und verziehen gelernt hat, daß ein Mann eben ein Mann ist und oft tausendmal besser als Tausende von diesen famisüßigen, zuderkühen Kerlen, die den ganzen Tag an Ihnen rumknutschen, aber keine Pinke haben“. Sie war eine treue Lebensgefährtin gewesen — eine von den allerbesten. (Fortsetzung folgt.)

Berlin ohne Polizeistunde!

Bis gestern noch! Heute neue Verordnung.

Durch einen Zufall hat man jetzt gemerkt, daß Berlin eigentlich seit dem 1. Juli ohne Polizeistunde ist. An diesem Termin ist nämlich das neue Schankstättengesetz in Kraft getreten, in dem die Bestimmung enthalten ist, daß die Festsetzung der Polizeistunde von den Landesbehörden, in Berlin vom Polizeipräsidenten, im Wege einer besonderen Verordnung zu erfolgen hat. Wie die Polizeipressestelle dem „Vorwärts“ mitteilt, hat der Erlass der Verordnung sich solange verzögert, weil erst die notwendigen Verhandlungen mit Magistrat und Oberpräsidium geführt werden mußten. Diese Verhandlungen sind jetzt beendet, so daß die neue Verordnung auch heute in Kraft treten dürfte. In der Hauptsache sind die Bestimmungen der alten Polizeistunde erhalten. Für Berlin bleibt also 3 Uhr als Polizeistunde bestehen.

Das Polizeiamt Mitte vertrat den Standpunkt, daß es infolge dessen in Berlin bis gestern keine Polizeistunde gab und daß deshalb einem Einschießen wegen Uebertretung der Polizeistunde die gesetzliche Grundlage fehlte. Einige wenige Lokalbesitzer hatten sich auch dieses rechtlose Interregnum zunutze gemacht und ihre Lokale die Nacht über offengelassen. Ein Lokalbesitzer jedoch, der auch im Westen neben seinem Lokal im Zentrum einen Gaststättenbetrieb unterhält, hatte die unangenehme Erfahrung machen müssen, daß doch auf diesem Gebiet zweierlei Rechtsauffassung herrschte. Das Polizeiamt Charlottenburg vertrat nämlich die Auffassung, daß die alten Bestimmungen über die Polizeistunde nach wie vor in Kraft waren. Polizeibeamte notierten sich die Namen aller Gäste, die nach 3 Uhr im Lokal anwesend waren und veranlaßten die sofortige Schließung des Betriebes. Durch die neue Polizeistundenverordnung wird nun der polizeistundenlosen Zeit ein schnelles Ende bereitet.

Die Deiche in Gefahr!

Riesige Wassermassen bedrohen das Elbegebiet. — Vor einer Katastrophe?

Hamburg, 19. August.

Die Ende voriger Woche in den Mooren und auf der Geest gefallenen Regenwassermengen beginnen jetzt nach der Elbe abzufließen. Der Wasserstand der Elbe ist nach dem Abflauen der Stürme auf die normale Höhe zurückgegangen, und so ist es möglich, daß die Nebenflüsse, wie die Elde, Lüge und Schwinne, sehr große Wassermassen, die ihnen aus den Mooren und von der Geest zufließen, nach der Elbe abgeben können. Anders liegt es aber für die Gebiete zwischen der Elde und der Elbe, wo der Abfluß des Wassers durch angelegte Grabensysteme geleitet werden muß. Im südlichen Rehdinger Moor hat die Lage inzwischen katastrophalen Charakter angenommen. Das ganze Niederungsgebiet zwischen Stade bis Achhorn steht bereits unter Wasser. Die Schleusenverbandsgebiete Göhdorf, Schülisch, Hörne, Bählsch gleiches riesenhafte Seen.

Am schlimmsten sieht es im Harxensfelder Schleusenverbandsgebiet aus. Im Stader Moor gingen die Wassermassen bereits über die Schutzdeiche. Es wurden sämtliche Bewohner vom Stader Moor zum Schutz der bedrohten Deiche aufgeboten. Den ganzen Tag über waren Fuhrwerke damit beschäftigt, Sandsäcke heranzufahren, die dann auf die Deiche an die gefährdeten Stellen getragen wurden. Alles Vieh mußte aus den Ställen geführt werden. Immer noch strömen neue Wassermassen heran und die Gebiete von Bochhorn und Billah bis nach Stade heran stehen unter Wasser. Die Stader Wäldern ist bis zum Ueberlaufen voll und führt während der Ebbe beträchtliche Wassermengen der Schwinne zu. Die Nebenflüsse stehen aber in keinem Verhältnis zu den Zuflüssen aus dem Moor. Von Stade aus sieht man eine bis zum Horizont im Norden reichende riesige blaue Wasserfläche.

Zwanzig Bilder in der Sekunde.

Fortschritte bei der drahtlosen Bildübertragung.

Auf der diesjährigen Funkausstellung wird Telefunken — im Gegensatz zur vorjährigen — keine Fernsehapparate vorführen. Am jedoch die Öffentlichkeit vom Stande der drahtlosen Bildübertragung zu unterrichten, zeigte man in einer Sonderveranstaltung für die Presse den Fernsehapparat, der wieder ganz erheblich verbessert worden ist.

Während bei den Vorführungen auf der vorjährigen Funkausstellung lediglich Sendee- und Empfangsapparate verwendet wurden, die noch auf reine Laboratoriumsversuche eingestellt waren, sah man jetzt im praktischen drahtlosen Verkehr einen Apparat, der in seiner ganzen Konstruktion auf eine spätere industrielle Fabrikation abgestellt ist. Daß das Fernsehen mit den heutigen technischen Mitteln möglich ist, wurde inzwischen durch mehrjährige Versuche bewiesen, jetzt kommt es darauf an, die Qualität des Bildes zu verbessern. Ein großer Fortschritt ist hier schon zu verzeichnen. Die Bildfolge bei den Telefunkenapparaten beträgt jetzt 20 Bilder pro Sekunde, während sie bei anderen Apparaten noch zwischen 8 und 12,5 schwankt. Durch die Verwendung des Spiegelrades ist auch die Helligkeit der Bilder bedeutend stärker geworden. Bemerkenswert bei der Vorführung war besonders, daß es sich durchaus um eine der späteren Praxis entsprechende drahtlose Uebertragung auf größere Entfernung handelte. Sendestation war Rauen, während die Empfangstation sich in dem 30 Kilometer entfernten Seltow befand. Die Fernsichtbarmachung sich bewegender Personen gelang ganz befriedigend, allerdings machte sich ein Flimmern des Bildes noch störend bemerkbar. Die wissenschaftliche Versuchsanordnung ist hier noch nicht abgeschlossen. Bis das Fernsehen im Rundfunk praktisch eingeführt werden kann, werden wir noch ein Weilchen warten müssen.

Geisteskranker schießt auf der Straße.

Ein große Aufregung wurden am Dienstag zahlreiche Passanten in der Reindendorfer Straße im Norden Berlins verurteilt. Vor dem Haupte Nr. 73 hatte sich längere Zeit ein Mann aufgehalten, der den Vorübergehenden durch sein seltsames Gebaren und seine wirren Reden aufzufallen ließ. Plötzlich rief der Mann einen Trommelvolontier aus der Tasse und schob gegen die Hausfront drei scharfe Schüsse ab. Da der Revolver schief, bei dem es sich zweifellos um einen Geistesgestörten handelte, weiteres Urteil anzurichten drohte, sprangen einige Männer aus der Menge hinzu, entwaffneten den Kranken und übergaben ihn den Beamten des alarmierten Ueberfallkommandos. Der Festgenommene wurde als ein 39-jähriger Arbeiter Richard Janice aus der Schulstraße festgenommen. Er wird heute vom Arzt auf seinen Geisteszustand untersucht werden und von dem Gutachten wird es abhängen, ob er in einer Anstalt interniert wird.

Die in den Ferien arbeiten müssen...

Werkstudenten als Stadtreisende und Brezelverkäufer.

Glauben wir ja nicht, daß der Werkstudent etwa während des Wintersemesters aus dem Vollen schöpft und bloß für die Ferienzeit seinen Unterhalt bestreiten muß. Er darbt natürlich das ganze Jahr und ist ständig auf der Jagd nach einer Verdienstmöglichkeit; nur bietet ihm die Ferienzeit Gelegenheit, sich intensiver nach Beschäftigung umzutun und eine solche auch ihrer Zeitdauer nach erfüllen zu können.

Aber gering, allzu gering ist in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit jede Erwerbsmöglichkeit, und wenn man bedenkt, daß heute 30 Proz. aller Studierenden unter dem Existenzminimum leben und von diesen 30 Proz. etwa 1 Proz. ab und an vorübergehende Beschäftigung findet, dann kann man sich von der Not all dieser jungen Menschen einen ungefähren Begriff machen. Auf jede der wenigen einlaufenden Stellenangebote kommen 150 bis 200 Bewerber; so melden sich beispielsweise in den ersten Tagen des Sommersemesters 1929 weit über 300 Arbeitsuchende. Es braucht nicht extra betont werden, daß der Massenandrang zu den Hochschulen sich auch in der Erwerbsvermittlung bemerkbar macht. Die Erwerbsvermittlung ist oft die letzte Hoffnung des jungen Menschen, besonders wenn aus irgendwelchen Gründen die anderen Fürsorgeeinrichtungen nicht helfen können. Dies trifft vor allem die Angehörigen der ersten drei Studiensemester, die prinzipiell nicht durch Freistipendien, Stipendien, Gebührenerlaß und andere Vergünstigungen unterstützt werden.

Als Empfangsherr in der Nachtbar.

Die wenigen Stellenangebote (es werden täglich noch keine 10 vermittelt) umfassen die verschiedensten Arbeitsgebiete, wobei von seiten der Arbeitgeber naturgemäß sehr häufig die Notlage der Arbeitsuchenden zur Bohndruckerlei führt; obwohl die Vermittlungsstelle bemüht ist, derartig unterbezahlte Stellen nicht zu befehlen, zwingt die Not der Stunde, um jeden Preis Arbeit anzunehmen. So war ein junger Jurist für 20 Mark wöchentlich täglich 8 bis 10 Stunden als Plakatweiser in einem Kino tätig, während man einem anderen Studiengenossen sogar für eine zwölfstündige gleiche Tätigkeit einen Wochenlohn von 15 Mark bot. Auch die Position eines Brezelverkäufers ist eine ungemein anstrengende, denn der Verkäufer erhält bloß 40 Prozent vom Umsatz, das sind 4 Pfennig pro Stück; da heißt es schon tüchtig die Beine in die Hände nehmen, wenn man etwas schaffen will, denn auch hier ist die Konkurrenz groß, und es passiert nicht nur einmal, daß man aus einem Lokal, das einen bestimmten Verkäufer hat, ganz einfach rausfliegt. Eine Rekordleistung in dieser „Branch“ brachte einer zu-

wege, der in der Zeit von 7 Uhr abends bis 3 Uhr morgens einen Verdienst von 3 Mark buchen konnte. Für eine Nachtwächterstelle im Neubau mit der Verpflichtung, nachts stets zur Stelle zu sein, gibt es freie Wohnung, Licht und Beheizung. Als Empfangsherr eines Nachtlokals mit einer Beschäftigungszeit von abends 9 Uhr bis morgens um 3 Uhr verdient einer ein Monatsgehalt von 100 Mark, das sich allerdings, falls er sich darauf versteht, durch Trinkgelber beträchtlich erhöhen kann. Eben wird eine Stellung als Werber eines Photographen per Fahrrad für die Zeit von nachmittags um 4 Uhr bis Häuferschluss für 10 Mark die Woche angeboten und bereitwillig meldet sich eine große Anzahl von Reflektanten. Die üblichen Provisionsreisenden-Angebote sind nicht sehr beliebt, da sie bei höchst anstrengender ganztägiger Tätigkeit meist ein völlig negatives Resultat zeitigen. Im Unterrichtsbezirk sind die Stellen äußerst rar; es kommen noch einige als Postauskäufer, unter, in Warenhäusern als Vorführender neuartiger Artikel, als Begleiter bei Schülerversammlungen und neuerdings als Fremdenführer.

Fremdenführer spielen ist nicht leicht.

Diese Tätigkeit erfordert aber eine gründliche Vorbildung in bezug auf Kenntnis des Stadtbildes, der Entwicklungsgeschichte der Reichshauptstadt und ihrer hervorstechendsten, den Ortsfremden interessierenden Faktoren. Die Vielseitigkeit Berlins wirkt auf den Antommenden erdrückend. Es heißt daher, in gedrängter, aber übersichtlicher Auswahl ein Bild vor fremden Augen ausrollen, das naturgetreu und farbig zugleich sein soll. Mit diesem offiziellen Ausbildungskursus für Fremdenführer hat man mit Erfolg versucht, dem Wesen oder besser gesagt Unwesen der „wilden Fremdenführer“ zu steuern, die bei völlig ungenügender Leistung einzig den Repp des ihnen Anvertrauten im Auge hatten. Die Beschäftigung auf dem Lande, die allerdings bei vielen das Maß körperlicher Kraft weit übersteigt, aber trotzdem gerne mitgenommen wurde, fiel in diesem Jahre durch Miskernke gänzlich aus.

So gibt es keine Tätigkeit, die nicht ausgeübt würde. Der schmutzige Automäher ist gleichzeitig vornehmer Tennistrainer, wer heute einen Gartenzaun gestrichen hat, stellt morgen für einen Verlag historisches Material zusammen; kräftige Redizler sind Wörter in Irrenanstalten, Juristen verteilen Zettel auf der Straße und ordnen einige Tage später Prosehmateriel für einen Rechtsanwalt. Der Chemiker, heute vielleicht Gigolo, leistet morgen qualifizierte wissenschaftliche Arbeit in seinem eigentlichen Fach.

Selbsthilfe in reinster Verkörperung, geboren aus der harten Notwendigkeit unserer Tage!

Zum Reichstags-Wahlkampf

ist den Nazis und Kommunisten wieder jedes Mittel zur Erringung von Mandaten recht.

Durch gewissenlosen Schwindel

versuchen diese Parteien erneut, die notleidende Arbeiterschaft und das mit ihr sympathisierende Bürgertum in Berlin zu verwirren und irrezuführen.

Durch gehörige Aufklärung

der Wähler und Wählerinnen muß das verhindert werden. Hierzu bedarf es beträchtlicher Geldmittel.

Freiwillige Beiträge

für den Wahlfonds sende deshalb jeder, der es kann, sofort auf Postscheckkonto Nr. 48743 an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ein schlimmer Bursche.

Im Rausch zum Mörder geworden.

Beide Großväter und der Vater des 33-jährigen Angeklagten Willi Hübner waren Trinker; er selbst hat weder in der Schule noch in der Tischlerlehre etwas Geheiltes lernen können, nur das Trinken hat er vom Vater gelernt. Mutter und Stiefvater hatten mit ihm ihre liebe Not, er wurde gewissermaßen zur Hausplage. Vielleicht wäre es doch nicht zur Katastrophe gekommen, wenn die Polizei auf die Warnungen des Schwiegerjohannes des Gewürzhausverwalters Gustin gehört und ihn am Ostermontag aus der Schulpfortuna nicht entlassen hätte.

Der Angeklagte war nämlich auf den Hausverwalter und auf dessen Schwiegerjohann Passchul besonders schlecht zu sprechen. Schon im Februar kam es einmal zu einer durch den Angeklagten verursachten tätlichen Auseinandersetzung. Am Ostermontag hatte er den ganzen Tag durchgezogen. Nach seiner Heimkehr begann er auf dem Hofe mit Gustin und Passchul Jant. Gustin meinte, wenn es ihm im Hause nicht passe, so möge er doch ziehen; Passchul fügte hinzu, er sei hier nur geduldet. H. begab sich auf neue in die Wirtschaft, goß noch einige Becher Bier hinunter, kam gegen 1 Uhr nachts betrunken nach Hause und verwickelte sich mit seinem Stiefvater in eine Schlägerei, während der er sein Taschenmesser aufklappte. Der Stiefvater trat dazwischen, rief um Hilfe, der Angeklagte ging mit dem Messer in der Hand auf den Hof und schrie zu Gustins Wohnung hinaus: Kommt herunter, seid nicht feige, das Messer ist schon bereit. Passchul holte das Ueberfallkommando und auf dessen Schwiegerjohann Passchul besonders schlecht zu sprechen. Schon im Februar kam es einmal zu einer durch den Angeklagten verursachten tätlichen Auseinandersetzung. Am Ostermontag hatte er den ganzen Tag durchgezogen. Nach seiner Heimkehr begann er auf dem Hofe mit Gustin und Passchul Jant. Gustin meinte, wenn es ihm im Hause nicht passe, so möge er doch ziehen; Passchul fügte hinzu, er sei hier nur geduldet. H. begab sich auf neue in die Wirtschaft, goß noch einige Becher Bier hinunter, kam gegen 1 Uhr nachts betrunken nach Hause und verwickelte sich mit seinem Stiefvater in eine Schlägerei, während der er sein Taschenmesser aufklappte. Der Stiefvater trat dazwischen, rief um Hilfe, der Angeklagte ging mit dem Messer in der Hand auf den Hof und schrie zu Gustins Wohnung hinaus: Kommt herunter, seid nicht feige, das Messer ist schon bereit. Passchul holte das Ueberfallkommando, dieses nahm Hübner und dessen Stiefvater mit nach der Wache. Der Stiefvater wurde sofort, der Angeklagte am nächsten Morgen entlassen. Sein erster Gang war wieder in die Wirtschaft. Zu Hause machten ihm seine Eltern Vorwürfe wegen seines nächtlichen Betragens. Er aber nahm das Brotmesser, sagte, sie sollen jetzt ihr Fett kriegen, ging zu Gustins Wohnung und forderte, daß man ihm aufmache. Gustin glaubte, der Angeklagte wolle sich entschuldigen, öffnete die Tür und erhielt im nächsten Augenblick durch den Türspalt einen Stich mit dem Brotmesser. H. wollte noch einmal zustechen, wurde aber vom Verletzten in das Zimmer gezogen. Unterdessen waren die Hausbewohner herbeigekommen; sie warfen den Rasenden die Treppe hinunter. Gustin verschied aber bald darauf im Krankenhaus. H. soll auf der Rettungswache, wo er verbunden werden mußte, seiner Schwägerin gesagt haben. Gut, daß das Ras endlich tot ist, eigentlich wollte ich Passchul treffen.

Schon vor dem Untersuchungsrichter und gestern vor Gericht erklärte er, sich an den ganzen Vorfall nicht erinnern zu können. Er

machte den Eindruck eines ausgesprochenen Säuflers, selbst die vier Monate Untersuchungshaft hatten da nichts geändert. Das Urteil lautete wegen Totschlags auf 6 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Die Hasenheide verändert sich.

Wo früher Karten „gekloppt“ wurden, tummeln sich heute die Kinder.

In der Hasenheide, die die Grenze zwischen den Bezirken Kreuzberg und Neukölln bildet, befanden sich früher in großer Zahl Erholungsstätten, Biergärten und Plätze für einfache Volksbelustigungen. Infolge Verbreitung und Keimteilung der Verkehrswege mußten die Vorgärten und alten Bäume an der Südseite entfernt werden.

Auch die Zahl der auf der Nordseite noch vorhandenen Biergärten geht infolge der Not der Zeit immer mehr zurück. So ist vor kurzer Zeit das an der Ecke der Fichtestraße und Hasenheide gelegene „Café Heune“ geschlossen worden. Die Gebäude mußten abgebrochen werden, weil eine Instandsetzung wegen der großen Baukosten nicht mehr verlohnte. Das Grundstück, das sich im Eigentum der Stadt Berlin befindet, ist mit vielen alten Bäumen bestanden. Bis zur endgültigen Verwendung hat das Bezirksamt Kreuzberg auf dem Grundstück einen einfachen Sandspielplatz für Kleinkinder eingerichtet und einen großen Sandbuddelkasten aufgestellt.

Todesprung aus dem 3. Stock.

In einem Nervenanzfall stürzte sich gestern gegen 21 Uhr der 43-jährige Werkmeister Hermann Schneider aus dem Fenster seiner im 3. Stockwerk des Hauses Bismarckplatz 5 gelegenen Wohnung auf die Straße hinab. Mit schweren Verletzungen wurde der Lebensmüde in das Lichtenberger Krankenhaus gebracht, wo bei seiner Aufnahme bereits der Tod eingetreten war.

Gefürmter Gemeindevorsteher gefaßt.

Nach Veruntreuungen in Gesamthöhe von etwa 15.000 Mark war, wie wir berichteten, der Gemeindevorsteher der Stadt Schenkensberg bei Brandenburg a. d. Havel, der 33 Jahre alte aus Rempel gebürtige Johann Godanski gefaßt. Die Vermutung, daß der Ungetreue sich nach Berlin gewandt habe, hat sich bestätigt. Kriminalbeamte der Streife Mitte ermittelten, daß Godanski Bekannte in der Markgrafstraße hat und beobachtet das Haus. Gestern erschien der Flüchtige dort und wurde sofort festgenommen. Von den zuletzt noch unterschlagenen Geldern hatte er nichts mehr, es war in den wenigen Tagen schon verjubelt. Godanski wurde nach Brandenburg gebracht.

„Blumen, Fische, Vögel.“

Vom 3. bis 10. September findet in der Reuen Welt in der Hasenheide eine bunte Schau eigener Art statt. In Verbindung mit der Fachmesse für Blumenzüchter und -händler veranstaltet die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft gemeinsam mit dem Pflanzensachverständigen und dem Verband der Aquariensvereine eine Ausstellung von Blumen, Fischen und Vögeln. Die Veranstaltung, der insgesamt 3000 Quadratmeter gedeckte Ausstellungsflächen und große Freianlagen zur Verfügung stehen, soll in erster Linie die deutsche Blumenzüchter propagieren. Den Vogelliebhabern soll gezeigt werden, wie man Stubenvögel richtig „füttert“, d. h. wie man die Vögel so hält, daß die Gefangenschaft der bunten Sänger keine Tierquälerei darstellt.

Semesterball der Baugewerkschule. Die Städtische Baugewerkschule, Kurfürststr. 141, veranstaltet am 23. August, 20 Uhr, im Kaisersaal des Zoo einen Sommer-Semesterball, zu dem alle Freunde und insbesondere die ehemaligen Absolventen der Schule herzlich eingeladen sind.

Entartete Jugend.

Neuföllner Rowdykolonne „Tartarenblut“ vor Gericht.

Zwanzigjährige, halbwüchsige Burschen hatten sich zu einer Rowdykolonne schlimmster Art zusammengeschlossen. Diese Kolonne bildete den Schreck der Neuföllner Gastwirte. Hölzig vermachelt und entartet organisierten die Burschen „Blereisen“, bei denen den kleinen Gastwirten alles kurz und klein geschlagen wurde. Gestern hatten sich die Rowdys vor dem Schöffengericht Neufölln zu verantworten, dessen Urteil leider viel zu milde ausfiel.

Die Angeklagten, in der Mehrzahl etwa 20jährige Burschen, die sämtlich vorbestraft und wegen Gewalttätigkeiten berüchtigt waren, hatte die Verhandlung starken Polizeischutz erhalten, und fünf Beamte sorgten dafür, daß die im Zuhörerraum anwesenden Freunde nicht eingriffen. Daß die Rowdys einen furchtbaren Terror ausübten, ging auch daraus hervor, daß der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Guhrauer die Zeugen, darunter die Geschädigten, besonders ermahnen mußte, unbeschadet der Furcht vor der ihnen angebotenen Rache wahrheitsgemäß auszusagen.

Die Anklage legte den Burschen schwere Körperverletzung, Sachbeschädigung und unerlaubten Waffenbesitz zur Last. Der Hauptangeklagte Kabe hatte am 26. April mit einer größeren Kolonne in seiner Autodrochse eine Bierreise unternommen, lediglich zu dem Zweck, einige Neuföllner Gaststätten zu demolieren. In dem ersten Lokal waren nicht genügend Gäste anwesend, um eine interessante Schlacht zu liefern, so daß sich die Rowdys mit dem Einschlagen der großen Schaufensterscheibe begnügten. In rasender Fahrt, bei der noch ein Knabe angefahren wurde, ging es dann nach einem in der Nähe des Bahnhofes Neufölln gelegenen Café, wo die Einrichtung völlig zertrümmert wurde. Der Stellvertreter des Wirts wurde mit Biergläsern und Gummihämmern derartig bearbeitet, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Um das Herbeirufen des Ueberfallkommandos zu vereiteln, hielten einige Burschen mit der Pistole in der Hand das Telephon sowie den Ein- und Ausgang besetzt. Schließlich wurde am gleichen Abend noch ein Straßenpostamt niedergeschlagen. Da bei den einzelnen Ueberfällen verschiedene Mitglieder der Kolonne mitwirkten und die Zeugen die Täter nicht bestimmt wiedererkannten, mußten zwei der Angeklagten freigesprochen werden. Unter diesen befindet sich auch der ehemalige „Hauptling“ Wey des Ganovenvereins „Tartarenblut“. Bezeichnend war die Auslage des einen Gastwirts, daß er dauernd von „Tartarenblut“ telefonisch angerufen worden sei, und man ihm gedroht habe, ihm eine Bohne in den Leib zu legen. Wey meinte allerdings, daß ihm davon nichts bekannt sei, und daß der Name des Vereines oft mißbraucht werde. Die Schuldigen wurden zu unversöhnlich geringen Strafen verurteilt, die sich im Rahmen von fünf Monaten Gefängnis bis zu 100 Mark Geldstrafe hielten.

Wohlfahrtsempfänger sollen hungern? Statt Pflichterfüllung, Schwindel und Verleumdung bei den Kommunisten.

Kürzlich erzählte das Bolschewistenblatt seinen Lesern, die Wohlfahrtsempfänger müßten hungern, weil sozialdemokratische Stadtvertreter der Sitzung eines Unterausschusses der Zentralen Wohlfahrtsdeputation ferngeblieben seien. Und was ist die Wahrheit? Die drei sozialdemokratischen Mitglieder Kohde, Wende und Rinna Lodenhagen waren selbstverständlich sofort bereit, eine neue Aussprache über die Not der Wohlfahrtsempfänger herbeizuführen. Die beiden zum marxistischen Vertreter waren es jedoch, die gar nicht daran dachten, ihrer Pflicht nachzukommen, sie hielten es nicht einmal für nötig, einer Einladung zu antworten.

Die „rote Fahne“ aber dreht die Geschichte einfach um! Schwindeln ist eben doch leichter als ernsthaftes Arbeiten. Und diese Burschen buhlen um das Vertrauen der Arbeiterschaft!

Nochmals „Kirchenfeinde“.

Die „Märkische Volkszeitung“ gibt unsere Ausführungen zur Eichendorfer Kirchenaffäre wieder, und dazu zu bemerken, daß die Buchstaben der sozialdemokratischen Inschrift nicht klein, sondern „ganz groß“ gewesen seien. Nachdem die Inschrift entfernt worden, sei sie in der Nacht zum Montag wieder erneuert worden. Gegen unsere entscheidende Feststellung, daß der übereifrige sozialdemokratische Werber gar nichts anderes wollte, als einer kommunistischen Propaganda an der gleichen Stelle entgegenzuwirken, weiß das Zentrumsblatt nicht das geringste einzuwenden. Wenn das Blatt trotzdem für diese tendenziös aufgebaute Angelegenheit „die gewissenlose Hege des „Vorwärts““ verantwortlich macht, so ist das eine leichtfertige Verdächtigung oder bewußte Unwahrhaftigkeit. Dasselbe gilt von der allgemeinen Behauptung des Blattes, die Katholiken müßten, „daß die Sozialdemokratie in der letzten Zeit einen Kurs steuert, der die Toleranz nicht achtet und immer wieder die Empfindungen religiös gesinnter Menschen auf das empfindlichste beleidigt“. Das können die Katholiken unmöglich „wissen“, weil es einfach un wahr ist, und wir werden alles zu ihrer Aufklärung tun, damit sie nicht auf diesen Wahlschwindel hereinfallen.

Die Junktstellung im Tonfilm! Bekanntlich soll die folgende Wochenschau demnächst auch in Deutschland zur Einführung gelangen. Gemüßmohlen als Auktat hierzu wird die Eröffnung der „Tant- und Rhonoldau Berlin 1930“ im Tonfilm aufgenommen und bereits vom Nachmittag des Eröffnungstages, Freitag, 22. August, ab, im Rahmen der atustischen Revue „Fu-La-Pa“ (die vom 22. bis 31. August täglich dreimal im Ausstellungstheater zur Vorführung gelangt) gezeigt werden.

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Mittwoch, den 20. August:

20. Kreis Reinickendorf. Treffpunkt zur Kundgebung um 18 Uhr in Wittenau, Dorfau, an der Kirche. Auch die Sportorganisationen des Kreises nehmen geschlossen daran teil. Rednerin: Gertrud Hanna, M. d. L.

Morgen, Donnerstag, 21. August:

Mariendorf. Jungwählerversammlung um 20 Uhr im Lokal Wall, Chausseest. 305.

Niederichshausen. 19½ Uhr im Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11. Redner: Albert Falkenberg. Unter Mitwirkung des Gefangenenvereins „Zukunft“ und der Sprechergemeinschaft Niederichshausen.

Männer und Frauen erscheinen in Massen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Eintragungen für diese Rubrik sind Berlin SW 63, Lindenstraße 2, bis an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Für den Wahlfonds der SPD. in Berlin wurden von der Belegschaft der Hauptwerkstatt der Straßenbahn, Uferstraße, 124,25 M. auf Listen gesammelt und als zweite Rate abgeliefert. — Allen Spendern hierdurch besten Dank. J. A.: Herz Pageis.

- 1. Kreis Mitte. Mittwoch, 20. August, 20 Uhr, Elternbeirat, Sitzung bei Spargel, Adersstr. 1. Vortrag: „Die Schungen der Elternbeiräte“. Referent: Genosse Schröder.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Kreis Schulgemeinde. Donnerstag, 21. August, 19½ Uhr, Schule Danziger Str. 23, Mitgliederversammlung. Freide von der Vertreterversammlung und von der Bundesversammlung in Gdurt. Berichtshatter Schulfreunde Clemens und Benigat. Wichtige Schulangelegenheiten.

3. Kreis Friedrichshagen. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, sich recht zahlreich an der Einweihung unseres verstorbenen Genossen Robert Bengels heute, Mittwoch, 20. August, 15½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, zu beteiligen. Die Abteilungsleiter sind mitzubringen.

2. Kreis Wilmersdorf. Heute, Mittwoch, 20. August, 20 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Viktorienpark, Wilhelmstraße 114-115. Vortrag: „Im Kampf zwischen Kapital und Arbeit“. Referent: Kurt Dornis. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

14. Kreis Köpenick. Morgen, Donnerstag, 21. August, 19½ Uhr, wichtige Kreisvorstandssitzung in Köpenick, Schloßstr. 27. Tagesordnung: 1. Kinderfreundebewegung, 2. Weillische Schule.

Heute, Mittwoch, 20. August:

- 27. WM. Alle Parteimitglieder, welche arbeitsfrei sind, beteiligen sich an der Einweihungsfeier unseres Genossen Robert Bengels, heute, 19½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.
 - 28. WM. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich zahlreich an der Einweihung des Genossen Robert Bengels um 15½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße.
 - 29. WM. Elternbeiräte. 20 Uhr im Lokal beim Bahnhofstraße, wichtige Funktionärssitzung.
 - 30. WM. Neufölln. Der Jahlabend findet heute bei Kamm, Gdstr. 18, nicht bei Koffmann, statt.
 - 30. WM. Rudow. Am 21. August beacht das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß seinen Republikanismus Tag in Rudow. Unter Hinweis auf die Mitteilung im letzten Jahlabend wird die Teilnahme zur Pflicht gemacht.
 - 30. WM. Wilmersdorf-Falkenberg. 19½ Uhr bei Meier, Straße am Falkenberg, Reichsbanner und Funktionärssitzung.
 - 32. WM. Reinickendorf-Öst. Sämtliche Genossen beteiligen sich an der heutigen Kreismitgliederversammlung. Treffpunkt 18 Uhr in Wittenau, Dorfau, an der Kirche.
 - 37. WM. Reinickendorf-West. Sämtliche Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute an der Demonstration des Kreises. Treffpunkt 18 Uhr in Wittenau, Dorfau, Hauptstraße Ecke Hofenbaler Straße. Beteiligung ist Pflicht.
 - 38. WM. Wittenau. 18 Uhr versammeln sich alle Genossinnen und Genossen zur gemeinsamen Demonstration mit den übrigen Abteilungen des Kreises in Wittenau, Dorfau, an der Kirche. Vollständiges Erscheinen wird befohlen. Keine Fahnen mitzubringen.
- Gleichzeitige Kreisbesprechung, 19 Uhr im Lokal von Lindner, Bahnhofstraße, Köpenick. Referent: Genosse Sudrian.

Funkwinkel.

Leipzig sendet am Nachmittag Flotows ebnaktige Operette „Witwe Grapin“, die Opernabteilung des Rundfunks muß eine ihrer hauptsächlichsten Aufgaben darin erblicken, wertvolles Gut aus dem Schatz der Opernliteratur, das von den Bühnen verschwendet ist, zu retten, aber diese Tätigkeit darf denn doch nicht zu weit gehen und dazu führen, allerlei Bagatellen auszugraben. Flotows Operette gehört zu diesen Richtigkeiten, die vielleicht vor Jahren einmal gefallen haben, heute jedoch völlig verstaubt erscheinen. Eine Gelegenheitsarbeit, die nicht entfernt das Niveau der „Martha“ oder des „Stradella“ erreicht. Der Rundfunk ist ein Museum. Unter dem Titel „Das musikalische Magazin“ wird ein aktueller Querschnitt durch die musikalischen Neuerscheinungen gegeben. Scheinbar genügt es, wenn ein Komponist ein paar Töne nebeneinanderreihet. Dies gilt von dem Herrn aus Ungarn. Andere Sachen sind wertvoller. Dreslers Opernfragmente zeigen ausgeprägte musikalische Kultur und das Bestreben, große Opern mit volkstümlichen Melodien zu vereinen. Haben Veranstaltungen in dieser Art einen Wert? Prinzipiell bestimmt. Andeutungsweise zeigen sie die musikalische Entwicklung, wenn die Auswahl glücklich ist. Im aktuellen Programm versichert der Kommandeur der Berliner Schuppelpolizei, Magnus Heimannsborg, daß in der Wahlzeit für den Schutz der Berliner gefordert ist. Eine objektive Bewertung der Tatsachen und eine Warnung an die radikalen Elemente, die nichts Besseres wissen, als überflüssigen Kabau zu machen.

F. Sch.

Morgen, Donnerstag, 21. August:

20. WM. 19 Uhr bei Volk, Köpenick Str. 100, wichtige Funktionärssitzung. Jeder Parteimitglied muß unbedingt teilnehmen sein.
Neufölln. 21. WM. 19½ Uhr Funktionärssitzung bei Wustler, Flugfeldstr. 44.
— 28. WM. Bezirk 140, 141, 142, 19½ Uhr Bezirksjahlabend bei Kumbler, Weidstr. 55. Die kommende Wahl.
Königsberg. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Meißel, Bahnhofsstr. 10. Wichtige Beschlüsse. Jeder muß teilnehmen sein.

Freitag, 22. August:

1. WM. Die Parteimitglieder und Ordner der Abteilung treffen sich um 19½ Uhr bei Dufendorf, Potsdamer Str. 64. Der Obmann.

Frauenveranstaltungen.

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, bei Frau, Danziger Straße 71, wichtige Funktionärssitzung.
- 6. Kreis Kreuzberg. Freitag, 22. August, 19½ Uhr, bei Krüger, Grimmstraße 1, Funktionärssitzung.
- 17. Kreis Wilmersdorf. Donnerstag, 21. August, 19 Uhr, wichtige Funktionärssitzung bei Kamm, Gdstr. 18.
- 25. WM. Tempelhof. Der Jahlabend fñt aus. Dafür beteiligen sich die Genossinnen zahlreich an der Frauenkundgebung am Sonntag, dem 20. August.
- 32. WM. Rudow. Donnerstag, 21. August, 19½ Uhr, Besichtigung des herrlichen Gdendebades in der Gdstr. 5. Eintritt frei.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten.
Donnerstag, 21. August, 18 Uhr, findet in den Kammerböden, Lellower Straße 1-4, eine Versammlung der Parteigenossen statt. Referent: Polizeipräsident Körgedel. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Jungsozialisten.

Gruppe Reinickendorf. Wir beteiligen uns heute, Mittwoch, zahlreich an der Kreismitgliederversammlung der Partei. Treffpunkt: 17½ Uhr in Wittenau, Dorfau, Hauptstraße. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Gruppe Neufölln. Heute, Mittwoch, 20. August, 20 Uhr, Gruppenabend mit Vortrag im Jugendheim Expoweg-Str. 66-68.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Vorstandssitzung Donnerstag, 21. August, 20 Uhr, in der Geschäftsstelle, Bezirk Mitte, Eltern, Rudow, Donnerstag, Kreismitgliederversammlung in der SchulstraÙe Wilmersdorf, 15, 19½ Uhr. — Gruppe Wilmersdorf, Donnerstag, 17½ Uhr, Kreis Treffen. Die politische Stellung der Kinderfreunde, Sonntag, 17 Uhr, Jungsozialisten, beim Richter, 18. Mittwoch, 19½ Uhr, Kreis des Wilmersdorferverbandes.
Kreis Neufölln. Unterhalb des durch regnerisches Wetter am letzten Sonntag ausfallen mußte, findet nun endlich am Sonntag, dem 21. August, statt. Die Karten behalten Gültigkeit. Am Donnerstag ist wieder Baden für den Kreis im Stadtpark Gdstr. 18. Treffen vor dem Bad um 19½ Uhr. — Gruppe Wilmersdorf, Donnerstag, 21. August, findet in der Schule Köpenick eine Kreismitgliederversammlung statt. Beginn 20 Uhr. Tagesordnung: 1. Kreis- und Wilmersdorfer (mit Lichtbilder). 2. Bericht der Elternbeiratsführung. 3. Bericht des Kreisvereines.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 28. WM. Am 15. August verstarb Genosse August Wüster, Reichhofstraße 14, im Alter von 73 Jahren. Ehre ihrem Andenken. Einweihung heute, Mittwoch, 20. August, um 16 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um rege Beteiligung.
- 29. WM. Neufölln. Unsere liebe Genossin Hanna Obermeyer ist am 16. August im Krankenhaus Rudow verstorben. Ehre ihrem Andenken. Einweihung am Donnerstag, 21. August, 16 Uhr, im Krematorium Baumhüttenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.
- 30. WM. Wilmersdorf. Am Montag, dem 18. August, verstarb unsere Genossin Anna Hillig, Fritsch-Weiler-Allee 58. Ehre ihrem Andenken. Die Einweihung findet Donnerstag, 21. August, 15½ Uhr, im Krematorium Baumhüttenweg statt.

Allgemeine Wetterlage.



Die ozeanischen Luftmassen, die am Montag etwa bis zum Rhein nach Osten vorgeedrungen waren, haben am Dienstag Deutschland bis zur Oder überflutet. Bei ihrem Eintreffen und auch später kam es zu Regenschauern. Berrington traten auch in Mittel- und Süddeutschland Gewitter auf. Die Temperaturen stiegen trotz ziemlich starker Bewölkung auf 20 bis 22 Grad. Der Zustrom ozeanischer Luft wird vorläufig anhalten, doch dürfte der jetzt über Mitteleuropa vorhandene Druckanstieg eine allmähliche Besserung herbeiführen.

Wetterausichten für Berlin: Teils heiter, teils wolkig, am Tage mäßig warm, zeitweise aufströmende westliche Winde, vereinzelt noch Schauer. — Für Deutschland: Im Nordosten und dem Alpenvorland trübe und regnerisch, sonst veränderlich, zeitweise aufheiternd, vereinzelt Schauer, Temperaturen nur wenig sinkend.

Nur noch 2 Tage Saison-Ausverkauf

Zum Teil bis 75 Prozent herabgesetzt!

Gummimäntel für Damen und Herren . . . nur M 12.-	Sacco-Anzüge . . . nur M 24.-	Lüsterjacken . . . nur M 4 ⁵⁰	Knabenhosen . . . nur M 0 ⁸⁵
Lodenmäntel für Damen u. Herren . . . nur M 18.-	Sportanzüge viertellig . . nur M 39.-	Waschjacken . . . nur M 2 ⁵⁰	Knabenmäntel . . . nur M 4 ⁷⁵
Trenchcoats für Damen u. Herren . . . nur M 16 ⁵⁰	Übergangsmäntel . . nur M 18.-	Sommeranzüge tussorartig, nur M 12.-	Jünglingsmäntel . . . nur M 5 ⁶⁰
Windjacken für Damen u. Herren . . . nur M 6 ⁵⁰	Paletots . . . nur M 24.-	Breeches, Knickerbocker nur M 3 ⁰⁰	Einsegnungsanzüge . . nur M 13 ⁵⁰

BAER SOHN A G Berlin N4, Chausseestr. 29-30
U-Bahn Stettiner Bahnhof

Der Weg des neuen Aktienrechts.

Der Entwurf ist ein Anfang aber längst keine Lösung.

Das noch geltende deutsche Aktienrecht ist in der Hochblüte der typisch kapitalistischen Wirtschaft entstanden. Es ist beherrscht von dem Gedanken, daß die Aktiengesellschaft den Profitinteressen ihrer juristischen Eigentümer, der Aktionäre, und nur ihnen zu dienen hat. Die Verwaltung der Aktiengesellschaft hat ausschließlich im Auftrage und Interesse der Aktionäre zu handeln und ist ihnen Rechenschaft für ihre Wirtschaftsführung schuldig. Daneben waltet nur noch die Sorge um das Schicksal der Gläubiger, also jener Kapitalisten, die der Aktiengesellschaft Kapital anvertraut haben, ohne Eigentumsrechte an ihr zu erwerben.

Inzwischen ist die Entwicklung längst über die damals herrschenden Produktionsverhältnisse hinweggeschritten. Die großkapitalistischen Unternehmungen entwickelten eine Eigenständigkeit und ein Eigenleben, das von der alten aktienrechtlichen Bestimmung fast nichts mehr übrig ließ. Auf der einen Seite

bemächtigte sich das Finanzkapital weitgehend der Herrschaft

über die industriellen Unternehmungen, machte sich ihre Verwaltungen dienstbar und entrechtete die übrigen Aktionäre. Auf der anderen Seite schlossen sich die Einzelunternehmungen zu gewaltigen Unternehmungskomplexen zusammen; es entstanden neue, komplizierte Unternehmungsarten, von denen das formelle Aktienrecht nichts wußte und auf die es im Grunde genommen gar nicht mehr anwendbar war.

So ist das noch geltende Aktienrecht nur mehr ein papierenes Recht. Unsere Zeit verlangt eine Erneuerung des Aktienrechts oder vielmehr des Unternehmensrechts von Grund auf, eine vollständig neue rechtliche Konstruktion, die der neuen ökonomischen Wirklichkeit angepaßt ist und ihr den Weg erleichtert, den sie trotz der Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung gehen muß.

Man kann von den Ministerialbeamten eines noch übermäßig bürgerlich regierten Staates natürlich nicht erwarten, daß sie die dialektische Spannung, die zwischen dem privaten, individuellen Eigentumsrecht an den kapitalistischen Produktionsmitteln und der öffentlichen, gesellschaftlichen Funktion dieser Produktionsmittel

so klar erfassen, wie Karl Marx es getan hat.

Über man muß feststellen, daß die tiefgehende ökonomische und gestaltungsmäßige Wandlung der gesellschaftlichen Zustände an ihnen nicht spurlos vorübergegangen ist. Die gewaltige Steigerung und Zusammenballung der Produktivkräfte hat allmählich auch in den früher privatkapitalistisch geführten Schichten die Ueberzeugung aufkommen lassen, daß diese in Aktienunternehmungen zusammengefaßten Produktivkräfte nicht mehr als eine Privatangelegenheit ihrer juristischen Eigentümer behandelt werden dürfen, sondern als eine gesellschaftliche Angelegenheit gelten müssen. Wenn selbst im erzkapitalistischen Amerika das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln sich nur mehr damit moralisch rechtfertigen kann, daß es sich als „service“, als Dienst am Volke, maskiert, dann kann es uns nicht überreichen, wenn wir in den offiziellen Erörterungen zum neuen Gesetzentwurf über die Aktienrechtsreform gleichsam als Motto die Worte lesen:

„Der Gesetzgeber würde seine Aufgabe verkennen, wenn er das neue Aktienrecht nach den Interessen der Verwaltung oder etwa ausschließlich danach orientieren wollte, auf welche Weise der größte Vorteil für die jeweiligen Aktionäre erzielt werden könnte. Die Verwaltung hat ausschließlich den Unternehmen zu dienen und der Aktionär muß sich dessen bewußt bleiben, daß die moderne Aktiengesellschaft nicht nur eine Form für individuelles Gewinnstreben ist, sondern in verschiedenen Abstufungen auch den allgemeinen Interessen des Volkes zu dienen hat.“

Die Gesinnung, die aus diesen Worten spricht, ist gewiß noch lange nicht sozialistisch, aber sie ist auch nicht mehr privatkapitalistisch im ursprünglichen Sinne dieses Wortes. Eine andere Frage ist, wie weit sich diese Gesinnung im Gesetzentwurf selbst durchgesetzt hat. Und da müssen wir allerdings sehr viele Spidee zurückstellen.

Zunächst ist der Entwurf sehr stark darauf bedacht, den Aktionären möglichst viel von den Rechten zurückzugeben, die sie durch die oben angedeutete Entwicklung verloren haben. Der Vermögensverwaltung der Rinderhektaraktionäre durch herrschende Verwaltungsgruppen, die heute kaum mehr eine Schranke in der Rücksichtnahme auf die Aktienkurse findet, werden wieder gewisse Schranken gesetzt: Der Herrschaftsbereich der mehrstimmigen Vorzugsaktien wird eingeschränkt, ihre Schaffung erschwert und ihre Beseitigung erleichtert, die Vorrats- und Verwertungsaktien werden im wesentlichen beseitigt, die Entziehung des Bezugsrechtes wird erschwert, das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Generalversammlung erweitert usw. Man wird diese

Bestrebungen, das Recht des Aktionärs wieder zu befestigen,

so weit billigen dürfen, als man bei der heutigen rechtlichen Struktur der kapitalistischen Unternehmungen ihren juristischen Eigentümern den Anspruch nicht verlagern kann, als Gegenleistung für das Kapitalrisiko, das sie übernehmen, auch eine gewisse Sicherung für das Schicksal ihres Kapitals und seines Ertrages zu erhalten. Macht man den einzelnen Aktionär im Unternehmen rechtlich und schuldig, so schwindet sein Interesse an der Kapitalhergabe, der Kapitalzufluß in die Wirtschaft verlegt.

Aber auf der anderen Seite muß das Recht und die Macht des Einzelaktionärs seine Schranke an dem Interesse der Allgemeinheit am Schicksal des Unternehmens, am ungehinderten Fortgang und der Produktion und an den sozialen Interessen innerhalb des Unternehmens finden. Diesen Grundgedanken erkennt der Entwurf in der Theorie an. Seine Durchführung aber läßt sehr viel zu wünschen übrig. Statt die nabelliegende Idee aufzugreifen, die Wahrung der Interessen der Allgemeinheit gegenüber den Einzelunternehmungen dem Staate selbst — etwa in der Form eines *Actio nantis* — anzuvertrauen, hilft sich der Entwurf über die Schwierigkeit, die Interessen der Aktionäre und der Allgemeinheit gegeneinander abzuwägen, mit bloßen Formeln hinweg. Gewisse Rechte der Aktionäre können so weit eingeschränkt werden, „als das überwiegende Interesse der Gesellschaft oder der Allgemeinheit es erfordert“.

Das gesellschaftliche Interesse wird also nur durch eine alte Kautschukformel geschützt.

und es wird ganz der Praxis der verschiedenen wirtschaftlichen und gerichtlichen Instanzen, die darüber zu entscheiden haben, anheimgestellt, mit welchem Geiste sie sie erfüllen.

Und wie berücksichtigt der Entwurf die neuen sozialen Entwicklungstendenzen? Man sollte meinen, daß er gerade hier leichtes Spiel gehabt hätte. Er hätte bloß dafür sorgen müssen, daß die Betriebsräte in der Verwaltung der Unternehmungen so viel Einfluß und Einblick haben, wie es den Schöpfern der Betriebsrätegesetzgebung vorschwebte. Im ganzen Entwurf kommt aber das Wort Betriebsräte nur an einer einzigen belanglosen Stelle vor: der Entwurf weiß überhaupt nichts von der besonderen Problematik, die im Verwaltungsrecht der Betriebsräte im Aufsichtsrat liegt, und macht gar nicht den Versuch, ihr gerecht zu werden. Nur dem Umstand, daß sich der Entwurf aus anderen Gründen — um die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats zu erhöhen — darum bemüht, die Funktionen der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu erweitern, ist es zu verdanken, daß auch den Betriebsräten im Aufsichtsrat etwas mehr Betätigungsmöglichkeiten (Einforderung von Berichten) als nach dem geltenden Recht gegeben werden.

Das einzige Gebiet, wo die Interessenwahrung der Allgemeinheit durch konkrete Bestimmungen gestärkt wird — freilich geht es hier parallel mit der Interessenwahrung der Aktionäre —, ist das

Gebiet der Publizität der Wirtschaftsführung.

Seine Bedeutung kann allerdings nicht hoch genug eingeschätzt werden. Weitestgehende Einsichtnahme in den Gang der Wirtschaft ist die Voraussetzung für ihre Beherrschung. Und wenn die Unternehmensverwaltungen zur Klarlegung ihrer Wirtschaftsführung und der Wirtschaftsergebnisse gezwungen werden, dann wird es ihnen unter dem Druck der öffentlichen Meinung immer schwerer fallen, ihre Unternehmenspolitik ausschließlich an extrem privatkapitalistischen Gesichtspunkten zu orientieren.

In der Tat bemüht sich der Entwurf, die Verwaltungen durch eine Fülle von Bestimmungen zu verstärkter Publi-

zität zu zwingen. Die Fortschritte gegenüber der bisherigen Praxis sind unverkennbar und sollen gern anerkannt werden. Der Entwurf will weitgehende Aufschlüsse im Geschäftsbericht, eine starke Durchgliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung vorschreiben. Er erschwert empfindlich die Verschleierungspraktiken. Die Bildung stiller Reserven wird zwar nicht verboten — ein solches Verbot würde ja auch nur schwer wirksam werden können —, aber sie werden auf die Bewertung der Aktiven beschränkt, und die Vorschriften des Entwurfs erleichtern es, ihnen auf die Spur zu kommen. Und schließlich schafft der Entwurf neue Kontrollinstanzen — eine gesetzlich vorgeschriebene periodische Revision der Wirtschaftsführung durch unabhängige Revisoren —, allerdings erst nach einer bestimmten Uebergangszeit.

Gewiß bleiben auch noch auf dem Gebiete der Publizität eine Reihe wichtiger Forderungen unerfüllt — es werden zum Beispiel keine Aufschlüsse über Produktionshöhe und Umsatz vorgeschrieben —, und es wird in der Einzelberatung des Gesetzentwurfs noch viel über die Publizitätsbestimmungen im einzelnen zu sagen sein. Aber der Wille, auf diesem Gebiet dem Wandel der Auffassung über die Funktionen der Unternehmungen und ihrer Stellung in der Gesellschaft entgegenzukommen, ist unverkennbar.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Entwurf sich auch bemüht, der Strukturwandlung der Unternehmungen von den Einzelunternehmungen zu den Unternehmungskomplexen dadurch gerecht zu werden, daß er ein neues Fusions- und Umwandlungsrecht schafft und in Einzelheiten auf die Beziehungen zwischen den einzelnen Unternehmungen Rücksicht nimmt. Aber der entscheidende Schritt, die Unternehmungskomplexe, die heute schon eine wirtschaftliche Einheit bilden, auch als eine neue rechtliche Einheit zu konstituieren und für sie ein neues Recht zu schaffen, mag der Entwurf noch nicht. (So geht er z. B. an der Frage der Konzernbilanzen noch sehr vorläufig vorbei.)

Die großen Fortschritte, die der neue Gesetzentwurf gegenüber dem völlig veralteten geltenden Aktienrecht bringt, sollen anerkannt werden. Daß sie gegenüber den Aufgaben, die wir vom Standpunkt der Entwicklung der Wirtschaft zu sozialistischen Formen einem neuen Aktienrecht stellen, noch sehr gering sind, versuchen wir aufzuzeigen. Es wird die Aufgabe der Wählerschaft sein, für eine sozialdemokratische Vertretung im neuen Reichstag zu sorgen, die stark genug ist, um die Forderungen durchzusetzen, die wir auch gegenüber diesem Entwurf in der Frage der Erneuerung des Unternehmensrechtes zu stellen haben.

Im Juli neue Arbeitslosigkeit.

In dem neuesten Arbeitsmarktbericht der Gewerkschaften finden die Nachrichten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ihre Bestätigung, die für den Monat Juli schon wieder ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit meldeten. Die sommerliche Belebung im Baugewerbe und in der Landwirtschaft war im Juli schwach, daß die ständige weitere Verschlechterung der Wirtschaftskonjunktur in einem Steigen der Gesamtbeschäftigtenzahlen deutlich zum Ausdruck kommen konnte.

Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren

	in der Saison-		in der Konjunktur-		insgesamt	
	Arbeits-	Aus-	Arbeits-	Aus-	Arbeits-	Aus-
	lose	arbeits-	lose	arbeits-	Arbeits-	Aus-
	50%	arbeits-	50%	arbeits-	Arbeits-	Aus-
	50%	arbeits-	50%	arbeits-	Arbeits-	Aus-
Ende Januar	55,5	2,2	14,2	12,6	22,2	10,6
Februar	59,5	2,0	15,0	15,1	23,7	12,5
März	50,2	1,4	15,1	14,7	21,9	12,1
April	42,9	1,2	15,2	14,8	20,5	11,7
Mai	38,1	1,2	15,4	14,1	19,8	11,7
Juni	36,4	1,5	16,0	14,8	19,9	12,3
Juli	36,8	1,5	17,0	16,3	20,8	13,5

Die gleiche Entwicklung zeigt übrigens auch die Statistik der Arbeitsuchenden, aus der zu entnehmen ist, daß mehr als 2½ Millionen Arbeitsuchende Ende Juli vorhanden waren, und zwar 1½ Millionen mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahre. Ende Juli wurden über 1 Million Arbeitslose mehr durch die Arbeitslosenversicherung und durch die Krisenunterstützung unterstützt als im Vorjahre.

Die Arbeitslosigkeit unter der Bauarbeiterschaft befindet sich auf einer bisher im Sommer unbekannt hohen Höhe. Die Arbeiter, die Steinarbeiter und die Arbeiter in der Grobkeramik hatten im Monat Juli sogar eine fühlbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

Es waren arbeitslose Mitglieder in Prozenten:

	Ende April	Ende Mai	Ende Juni	Ende Juli
Baugewerksbund	45,5	41,1	38,8	38,0
Zimmerer	51,4	43,8	41,6	41,0
Maler	30,1	24,6	26,9	33,9
Dachdecker	53,7	43,6	40,9	33,4
Steinarbeiter	41,4	38,4	38,4	36,7
Grobkeramik	29,8	24,6	22,7	26,3

In der Konjunkturgruppe der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik, die die Industrie, den Bergbau, den Handel und Verkehr umfaßt, stieg die Arbeitslosigkeit um 16 Proz. Ende Juni auf 17 Proz. Ende Juli. Fast alle Verbände melden eine Verschlechterung in der Beschäftigung ihrer Mitglieder. In der Textilindustrie, im Holzgewerbe, in der Porzellanindustrie, bei den Bekleidungsarbeitern, den Schuhmachern, den Sattlern, Tapezierern und Portefeuliers waren Ende Juli die Hälfte und mehr der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos oder arbeiteten verfürzt.

Im Gesamtdurchschnitt aller Gewerkschaftsmitglieder betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende Juli 20,8 Proz., die Zahl der Kurzarbeiter 13,5 Proz., noch nicht zwei Drittel der Arbeiterschaft standen in voller Beschäftigung.

Klavierkonzern stellt Zahlungen ein.

Die Deutschen Pianowerte A.-G. in Braunschweig und Aachenwalde, auf die etwa 10 Prozent der deutschen Klavierproduktion entfällt, haben die Zahlungen eingestellt. Die Gesellschaft ist erst zu Beginn dieses Jahres unter Führung der Gebrüder

Riendorf A.-G. geründet worden, wobei die Fabrikation der sechs Gründerfirmen auf zwei Betriebe vereinigt wurde. Eigenartigerweise entfällt nur ein geringer Bruchteil der Schulden des Unternehmens auf noch nicht bezahlte Warenlieferungen.

Benzinpreise herunter!

Gefährdete Deltakonzern? — Es ist Zeit zum Eingreifen

Zu dem Kampf um die Treibstoffpreise liefert die neue Beröffenlichung der Rheinland-Garagenbetriebs-G. m. b. H. einen interessanten Beitrag, der noch einmal auf die Notwendigkeit eines Einschreitens gegen das Preisdiktat der Konventionenfirmen hinweist.

Nach den Angaben der Kölner Gesellschaft ist Benzin schiffsladungsweise bei mittleren und kleineren freien Erdölgesellschaften auf dem Weltmarkt zu 6,9 Pf. für den Liter frei Küste zu haben. Dasselbe Benzin wird von den Erdölkonzernen in Deutschland für 38 bis 39 Pf. pro Liter verkauft. Mit den Gewinnen, die von den Konzernen durch die riesige Handelspanne erzielt werden, ist ein derart aufgeblähtes Tankstellennetz gebaut worden, daß der Benzinumsatz im Durchschnitt für eine deutsche Pumpe nur den 18. bis 20. Teil von dem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beträgt. Daß aber auch dort die Tankstellen noch nicht voll ausgenutzt werden, zeigt neuerdings der Schritt des Rockefellertrusts, die Wirtschaftlichkeit seiner Tankstationen in den USA. durch Uebernahme des Gummireifenverkaufs zu erhöhen. Eine Spekulation der Deltakonzerne auf eine ähnliche Neuerung in Deutschland ist auschließend. Der Continental-Gummitrust und das Reifenkartell mit ihrem Privileg der Konzessionierung von Händlern, das sie äußerst sparsam handhaben, reißen sich nicht so nach Abnehmern wie die konkurrierenden nordamerikanischen Reifenfabriken.

Die maßgebenden Mitglieder der Benzinkonvention, das sind die Deltakonzern, rechnen gegenwärtig mit der Möglichkeit eines amtlichen Vorgehens gegen ihre Preispolitik. Der Reichswirtschaftsminister zögert aber immer noch. Die Aussicht auf das Erscheinen eines neuen Außenleiters am deutschen Benzinmarkt, nämlich der Sinclair Consolidated Oil Corporation, darf das Ministerium nicht in seiner Politik des Abwartens bestärken. Derartige Außenleiter sind wiederholt am Markt erschienen — wir erinnern an die Atlantic Refining Co., die Deroop und die großen rumänischen Gesellschaften — sie haben sich stets nach kurzer Zeit der Royal-Dutch-Shell, (Abenania-Öl) und der Standard-Oil-Gruppe (Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft) gefügt. Ueber den Leiter der Sinclair-Gesellschaften, der gegenwärtig Europa bereist und vor einigen Jahren bei der Untersuchung eines großen Deltastandals eine unrühmliche Rolle gespielt hat, ist nichts bekannt geworden, das an seiner Bereitschaft zweifeln ließe, sich die Außenleiterkonkurrenz von den Konventionenfirmen abkaufen zu lassen.

Es wäre für eine ernste Ueberlegung Zeit, wie der Reichswirtschaftsminister den Preisabbau auch bei den Treibstoffpreisen und gegenüber den Deltakonzernen fördern kann.

Neue Staatsanleihen Kreuzers. Die Firma Kreuzer u. Toll A.-G., Stockholm, gibt dem griechischen Staat für Schulden eine Anleihe in Höhe von 21 Millionen Mark (1 Million Pfund Sterling). Ein entsprechender Vertrag wurde dieser Tage ratifiziert. Kreuzer hat weiterhin dem Agrar-Kreditinstitut der rumänischen Regierung eine Anleihe von etwa 9 Millionen Mark angeboten. Mit der Türkei sollen Vertreter des Stockholmer Länderbankiers in Unterhandlungen stehen wegen der Ueberlassung eines Zündholzmonopols gegen Gewährung einer größeren Anleihe. Die Türkei wurde eine Zeit lang von unabhängigen belgischen Fabriken mit Zündhölzern beliefert; die Belgier sind unter die Abhängigkeit des Zündholzkrusts geraten.

Heinrich Zeuner:

Pilze in der Küche

Man darf den volkstümlichen Ausdruck: „Die Pilze sind das Fleisch des Waldes“ nicht zu wörtlich nehmen. Denn tatsächlich haben die Pilze mit dem Fleisch nur eine gewisse Ueberähnlichkeit des Geschmacks gemeinsam und selbst in dieser Beziehung gehen die Meinungen oft weit auseinander. In bezug auf den Gehalt an Nährstoffen stehen die Speisepilze hinter dem Fleisch zurück. Chemische Untersuchungen haben festgestellt, daß frische Pilze in ihrer Zusammensetzung viel mehr Ähnlichkeit mit grünen Gemüsen zeigen. Beide haben einen hohen Wassergehalt (durchschnittlich 90 Proz.), der Eiweißgehalt der Pilze ist allerdings höher als der frischer Gemüße, die Leguminosen ausgenommen. Es hat sich jedoch ergeben, daß die in den Speisepilzen vorhandenen Eiweißstoffe vom menschlichen Organismus nicht voll ausgenützt werden (etwa nur 65 Proz.), weil ein Teil davon an andere chemische Stoffe gebunden ist, die von den Magenflüssen nicht gelöst werden können. Am Nährwert stehen also die Pilze über den Gemüsen, jedoch hinter dem Fleisch.

Unter den Eßpilzen ist der Eiweißgehalt sehr schwankend. Am meisten enthalten die Trüffel und Morcheln (37 Proz. der Trockensubstanz), Pfifferlinge und Steinpilze 23 Proz., Egerlinge 20 Proz., Ziegenbärle oder Korallenpilze 12 Proz. Die Hüte der Pilze sind nährstoffreicher als die Stiele. Durch weitgehende Zerkleinerung des Pilzfleischs bei der Zubereitung und durch Zugabe einer kleinen Gabe Kaltron kann die Ausnützung des Nährwertes erhöht werden.

Was die Pilze als Nahrungsmittel so beliebt macht, ist viel weniger ihr Nährwert, als ihre Schmackhaftigkeit. Es ist hauptsächlich der Würzwert unserer Speisepilze, um dessen willen sie in der Küche Verwendung finden. Kein Feinschmecker wird ableugnen können, daß ein gut zubereitetes Pilzgericht unseren besten Gemüsen an Wohlgeschmack überlegen ist. Zudem bieten Pilze der Hausfrau eine willkommene und geschätzte Abwechslung ihres Speisezettels, um so mehr, als sie im allgemeinen nicht teuer sind als frische Gemüße.

Der Geschmack der einzelnen Pilzarten ist schon im rohen Zustande sehr unterschiedlich und zahllos sind die Vergleiche, die darüber angestellt werden. Das frische Pilzfleisch kann nach Weib, Nusskern, Obst schmecken, diese süßlich mild, andere neutral, manche pfefferartig, sauerlich oder scharf. Wie seinen Speisepilze, die auf-fallend nach Gemürzen duften; eine Milchlingsart zeigt im Geruch eine überaus starke Ähnlichkeit mit der bekannten Raggwürze, der winzige Rauscheron riecht nach Knoblauch, einige andere Arten nach Anis, Fenchel usw. Die verständnisvolle Hausfrau wird darum die Speisepilze je nach ihrer Eigenart zubereiten. Stark duftende Speisepilze wie der erwähnte Raggpilz, der Knoblauchschwinding oder Rauscheron, der Anispilz dürfen demnach nur als Würzpilze gebraucht werden.

Die wesentlichste Rolle bei der Zubereitung spielt die Konsistenz des Pilzleisches. Weiche, dünnfleischige Pilze werden sich zu Suppen und Saucen eignen, fästige, stark wasserhaltige besonders zum Braten, feste, kernige am besten zur Gemüsebereitung.

Die Frage, welcher Speisepilz der beste sei, ist müßig; denn über den Geschmack ist bekanntlich nicht zu streiten. Junge, zart knorpelige Steinpilze sind ein wunderbares Gericht; bei dem weichen Egerling (Champignon) schmecken wir den feinen Würzwert; Pfifferlinge und Edelstachel haben einen leicht pfefferigen Wohlgeschmack; enthäutete, junge Schirmlinge (Parasol) können im buttergebundenen Zustande mit einem weichen Kalbsbiskuit verglichen werden und der große Ziegenbart zaubert die Illusion eines zarten Gulasch vor. Die Krone aller Pilzgerichte aber ist das Weibgericht aus möglichst vielen Arten. Wer über die Kenntnis von nur 25 Speisepilzen verfügt, dem sei das Selbststudium und gemeinsame Zubereiten aller Sorten besonders empfohlen. Der Zusammenklang aller der verschiedenen Einzelwürste und der mannigfachen Unterschiede des Geschmacks wirkt als wahre „Küchenharmonie“.

Beim Einkauf von Speisepilzen auf dem Markte wird größte Sorgfalt empfohlen. Es ist zu bedenken, daß Würzpilze zumeist schon einen Tag, vielfach zwei bis drei Tage alt sind und daß gerade die leicht vergänglichen Pilze in allen Zustände schwer verdaulich werden. Verzichten kann man sich mit zu alten Speisepilzen nicht, wie man früher geglaubt hat. Sie wirken nicht schädlich auf den Verdauungsorganismus als weisse Gurken oder runzelig gewordene Bohnen, und die können sich allerdings bei verdauungs geschwächten Menschen schon recht höflich auswirken. Also Vorsicht beim Einkauf. Schmierig gewordene, vertrocknete, unangenehm riechende oder mäßige Pilze meide man zurück und verzichte lieber auf ein Pilzgericht, als daß man sich solch wertloses, unter Umständen auch schädliches Zeug aufhängen lasse. Besonders Achtsamkeit ist geboten, wenn es sich um Ziegenbärle, auch Korallenpilze oder Reulenpilze genannt, handelt. Abgesehen davon, daß diese Arten sehr leicht bitter werden (namentlich dann, wenn sie feucht gelagert wurden), gibt es einige Vertreter dieser Pilzfamilie, die an sich schon ab-schreckend wirken. Die Unterscheidung ist nicht leicht und wird nur einem lüchtligen Kenner gelingen. Man kann allenfalls einige Korallenpilze zum Würzen verwenden, im übrigen meide man sie, wenn andere Speisepilze zu haben sind.

Es ist eine selbstverständliche Sache, daß Pilze sauber gewaschen werden müssen. Wo die Oberhaut leicht vom Fleisch abgeht, wird sie abgezogen. Stiele werden nur verwendet, wenn sie nicht zu hart sind. Bei Schwindlingen, Stockschwämmchen, Halmschiff sind sie zäh. Köhren- und Lamellenpilze auf der Hautunterseite entfernen man nur, wenn sie sich leicht löst. Ihr Gehalt an Nährstoffen ist im allgemeinen höher als beim Pilzfleisch und außerdem gibt es eine Reihe von Speisepilzen mit so dünnem Fleisch, daß nach ganzlichem Wegschneiden dieser Schicht kaum noch etwas übrig bleibt. Niemals sollen Pilze gebrüht und das Brühwasser weggegossen werden. Ausgenommen sind nur die Porcheln, wo dies als Vorsichtsmaßregel geboten ist. Die gebräuchlichsten und empfehlenswertesten Zubereitungsweisen ist das Schmoren im eigenen Saft, in reinem Fett oder frischer Butter. Nicht zuviel Gewürze, sie beeinträchtigen den empfindlichen feinen Pilzgeschmack. Ebenso Weichschinken oder Röstchen. Länger wie 10 bis 15 Minuten soll kein Pilzgericht gekocht werden. Zu langes Erhitzen nimmt den charakteristischen, satten Duft und macht des Pilzleisch nur härter.

Von zahllosen Zubereitungsmethoden und Kochvorschriften folgen einige Rezepte, die von einer erfahrenen Hausfrau und Köchin stammend auf Pilzprobieren als die besten ausgezeichnet wurden.

Pilzgemüse.

Dieses Gemüse hat den ausgesprochensten Pilzgeschmack und ist am besten geeignet, den Wohlgeschmack eines Sommergerichtes zu zeigen. Die sorgfältig gewaschen und gewaschenen Pilze werden mit Salz überstreut und in einem leeren oder porzellanenen Gefäße (nicht Email) einige Stunden stehen gelassen. Der sich bildende Saft wird hierauf abgegossen, die Pilze in heißer Butter rasch gedämpft, etwas Weib angeflaut, der zurückgebliebene Saft nach und

nach zugegossen und nach Geschmack Pfeffer zugegeben. Von der Verwendung der Zwiebel lasse man ab, weil sie den feinen, empfindlichen Pilzgeschmack beeinträchtigt.

Pilzsalat.

Die vorbereiteten Pilze werden mit wenig Wasser kurz gedünstet. Sie dürfen jedoch nicht zerfallen, da sie sonst unansehnlich werden und zu Salat nicht geeignet sind. Hierauf gießt man die Brühe ab, die man zur Suppe verwenden kann, läßt die Pilze erkalten und übergießt sie mit gutem Essig. Der Salat wird nun mit Salz, Pfeffer und geriebener (nicht geschüttelter) Zwiebel gemischt und zuletzt das Öl zugegeben. Nach Geschmack kann man auch etwas gehackte Petersilie hinzusetzen.

Pilzgemüse mit Tomaten.

Die feingehackten, gut gewaschenen Pilze werden in heißer Butter mit den enthäuteten, fein zerhackten Tomaten (zwei Drittel Pilze, ein Drittel Tomaten) gedünstet, mit wenig Weib gebunden, Salz und Pfeffer nach Geschmack zugegeben. Durch Zugabe von saurem Rahm kann man den Geschmack verfeinern.

Kartoffelpastetchen mit Pilzen.

1/4 Bund weichelochte, geschälte Kartoffeln läßt man im offenen Topfe auf der Seite des Herdes trocknen und mehlig werden. Oder man kocht die Kartoffeln am Tage vorher und preßt sie durch. Dann gibt man die Masse nebst etwas Salz, Butter, Weib mit 2 Eigelb und Gemürz in ein Töpfchen, dampft sie unter fortwährendem Rühren kurze Zeit und läßt sie erkalten. Nun formt man runde Pastetchen, etwa drei Finger dick, paniert, bakt sie, läßt sie aus und füllt sie mit den Pilzen, die vorher auf irgendwelche Art als Gemüse oder Haschee zubereitet wurden.

Götterdämmerung der Filmstars

Eine Götterdämmerung ist über die einstigen Idole von Hollywood hereingebrochen. Die Revolution, die der Tonfilm mit sich brachte, tritt nirgends deutlicher zu Tage als in der Ankündigung, daß fünf der bekanntesten Filmstars, Mary Pickford, Lya de Putti, Colleen Moore, Bilita Banth und Rod la Rocque, der Leinwand den Rücken kehren und zur Bühne übergehen. Sie werden im Herbst auf New Yorker Theatern ihre Künste zeigen, um sich von neuem die schwindende Gunst des Publikums zu erringen. Man behauptet, daß diesen ersten Defektoren des Films bald andere nachfolgen werden. So soll Douglas Fairbanks bereits über einen Bühnenkontrakt verhandeln, während Grete Garbo, Bebe Daniels, Norma Shearer und Ronald Colman sich mit ähnlichen Absichten tragen. Mary Pickford und die andern, die den Film verlassen, bestreiten zwar, daß dies für immer sei und behaupten, ihre geringen Erfolge im Tonfilm seien nur den schlechten Texten zuzuschreiben. Aber die Tatsache besteht, daß sie die neue Technik, die der sprechende Film fordert, nicht besitzen, und so müssen sie sich wohl erst genügende Bühnenerfahrung aneignen, um dann den Kampf um den Tonfilmraum wieder aufzunehmen. Mary Pickford ist seit 1908 auf seiner Bühne mehr aufgetreten und Rod la Rocque hat auch nur als ganz junger Mensch sich auf den weitbedeutenden Breiten versucht; die andern sind überhaupt Neulinge auf dem Theater. Nach den großen Bühnenerfolgen, die Bill Damita und Lillian Gish errungen haben, sind die Blicke vieler Filmstars, die sich in ihrem alten Reich nicht mehr sicher fühlen, nach den lodenden Lichtern der Rampe gerichtet.

Palle Rosenkranz: Zwanzig Kronen

Der Arrestverwalter hieß Kirke-Hjennesen, — ja nannte man ihn nach seinem Geburtsort, eigentlich hieß er Wadjen. Er war nun an die stehig, krumm mit einem breiten, stolzen, stolzen Kopselbart, der ihm bis an die Brust ging. Er war viele Jahre lang Polizist im kleinen Ort gewesen, dann war er Arrestverwalter geworden, — er machte auch bei der Polizei noch Dienst, aber nur, um sich was zusammenzusparen, so ein alter Mann konnte ja auf die Diebe nicht aufpassen, denn sie nicht hinter Schloß und Riegel waren.

Seine Frau half ihm getreulich, sie konnte selbst gegen die ver-schiedenen Missetäter aufkommen, und die Arrestanten, die sich gut führten, durften ihr im Haushalt an die Hand gehen. Der Ort war idyllisch und friedlich, und genau so war auch Kirke-Hjennesens Arrest. Draußen auf dem Lande wirkte Colleen, der vor herrlicher Gegend, hatte seine Ausbildung in der Großstadt bekommen und repräsentierte in der Diebesverfolgung etwas modernere Methoden, die er sich bei der reorganisierten Polizei der Hauptstadt angeeignet hatte. Colleen behandelte den Arrestverwalter mit höflicher Ueberlegenheit, während ihn der Alte mit leiser Verachtung als Grün-schnabel ansah. So hatten sie zwanzig Jahre im öffentlichen Sicherheitsdienst zusammen gewirkt.

Als es nun einmal in der Gegend aufjagt zu brennen begann, kam aus der Hauptstadt eine Brandkommission mit „Geheimen“, die es verstanden, die Arrestanten müde zu machen und zum Gestehen zu bringen. Colleen schüttelte über diese neumodischen Mittel den Kopf, und Frau Wadjen war geradezu verärgert. Aber dem alten Kirke-Hjennesen imponierte das, und er beschloß, die neue Polizei-kunst zu lernen. Die Theorie des Altes war: Anwendung der psychischen Tortur in Arrest und vor Gericht. Die Methode war von der Kriminalpolizei der Hauptstadt erprobt und trefflich befunden worden, und der Arrestverwalter lernte sie auf seine alten Tage...

Eines Tages war nun bei der Wädersfrau am Lore ein goldenes Zwanzigkronenstück weg, niemand anderes konnte es genommen haben als der Gemeindefürst Marius. Er war ein Armenhauskind, auf Gemeindefürst angetraut, ein kleiner, schwer, verächtlicher Bursche von sechzehn Jahren, er sah schon so aus, als könnte man ihm allerhand zutrauen. Die Wädersfrau war Frau Wadjen's Raschschwestern. Das Verbrechen wurde angezeigt, Marius wurde am Schloßhütten genommen und vom Amtsgewalt einem Verhör unterzogen. Marius leugnete alles, aber es sprachen eine Masse „Indizien“, wie die Wädersfrau sagte, gegen ihn: er hatte ein Paar neue Hosen bekommen und eine neue Mütze, hatte in der letzten Zeit eine Unmenge Drops gekauft und war überhaupt so eigenartig umhergeschlichen. Das Geldstück hatte die Wädersfrau auf ein Regal gelegt, nur Marius mußte davon — aber Marius schielte nur und sagte nein.

Etwas Positives konnte man gegen den Jungen nicht vorbringen, aber man weiß ja, wie so ein Bursche ist, dessen Mutter verkommen war und wie anders als durch einen frommen Weib einen Vater für ihre Kinder bekommen konnte. Der Amtsgerichtsrat

Calmettes Tuberkulosemittel

Auf der in Oslo tagenden siebenten Konferenz der Internationalen Union gegen die Tuberkulose sprach kürzlich Professor Calmette aus Paris über seine Methode zur Prophylaxe der Tuberkulose, wobei er u. a. folgende Behauptungen entwickelte: Im Gegensatz zu anderen Impfungen, die (z. B. bei der Tollwut, den Pocken, dem Typhus usw.) den Organismus für längere Zeit gegen Ansteckung schützen, selbst wenn keine Spur mehr von den eingesetzten Bazillen im Körper vorhanden ist, wirkt der eingeführte Tuberkulose-erregere im schützenden Sinne nur so lange, als er im Organismus bleibt. Er sei also auf den Gedanken gekommen, in den menschlichen oder tierischen Körper eine gewisse Menge Tuberkulosebazillenkultur einzuführen, die dort ständig bleiben soll. Um diesen Bazillen jede giftige Beschaffenheit zu entziehen und sie vollkommen ungefährlich zu machen, kultivierte man sie in ununterbrochenen Reihen auf mit Glycerin vermischter Oehlengalle. Auf diesem außerordentlich alkalischen Nährboden verlierten die Bazillen nach 320 Uebertragungen, die alle 25 Tage vorgenommen werden (das ganze Verfahren dauert 13 Jahre) vollkommen ihre Gefährlichkeit, sie behalten aber die Eigenschaft, den Organismus gegen Ansteckung durch Bazillen derselben Art zu schützen.

Diese Kulturen werden zur Herstellung eines Serums verwendet, das den ganz kleinen Kindern, dessen Organismus nach keine normale Tuberkulosebazillen enthält und deren Darmwände die Bakterien noch leicht durchfallen, als Nahrung verabreicht wird. Solche Kinder sollen nach Calmette für mindestens fünf Jahre gegen Tuberkulose geschützt sein. In dem zweiten Teil seines Vortrages suchte er die Kritiker gegen sein Verfahren zu entkräften und erklärte an Hand von Material, daß die Zahl der Mißerfolge äußerst gering sei. Jedenfalls sei es vollkommen abwegig, aus den wenigen Unfällen auf die Gefährlichkeit eines Verfahrens zu schließen, durch das unzählige menschliche Existenzen, die sonst der schrecklichsten aller Krankheiten schuldlos erliegen würden, gerettet und erhalten werden können.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen erklärte Calmette, er habe dem Vollzugsausschuß vorgeschlagen, seine Beschlüsse zu beantragen. Das Referat und das Korreferat sowie fast alle Mitteilungen sprachen mit genügender Deutlichkeit zugunsten der Ausbeutung der Experimente und der praktischen Verwendung des BCG-Serums. Die Bereitung und unentgeltliche Verteilung des Serums sollten nur von einer beschränkten Anzahl von Laboratorien unter der Kontrolle der Sanitätsbehörden eines Landes vorgenommen werden.

Die Südecker Vorkommnisse wurden auf dem Kongreß nicht behandelt. Man wollte dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung offenbar nicht vorgreifen.

Eine Stadt, die für die Zukunft gebaut wird. Unsere Städte stammen aus einer Zeit, in der man keine Ahnung von der ungeheuren industriellen Entwicklung hatte, und ihre Anlage und Ausgestaltung hat daher auf diesen Faktor kaum Rücksicht nehmen können. Daher rühren all die schier unerschöpflichen Wohn- und Verkehrsprobleme, die den Sachverständigen soviel Kopfzerbrechen bereiten. In dem noch dünn besiedelten Zukunftsland Kanada ist man in einer glücklichen Lage; dort legt man Städte für die Zukunft an, wie man dies jetzt im Fall der Stadt Windsor gemacht hat, die für 50 000 Einwohner gebaut ist. Dabei beherbergt Windsor heute erst 3000 französische Kanadier, die ausnahmslos im Dienst eines großen Aluminiumwerkes stehen. Die Gesellschaft, die dieses Werk betreibt, hat auch die Stadt gegründet. Es gibt dort bereits Banken, Schulen, Kirchen, Kinos und Markthallen. Das Straßen-netz ist heute angelegt; nur fehlen noch die Häuser, in denen die künftige Bevölkerung Aufnahme finden soll. Jedenfalls hat man für die Zukunft gesorgt, und Windsor wird, wenn es beim 50 000. Bewohner angelangt ist, ebensowenig Verkehrsprobleme haben wie heute, bei seiner zahlenmäßig noch unbedeutenden Einwohnerzahl.

trug dem Arrestverwalter auf, aus Marius die Wahrheit heraus-zubekommen. Und Kirke-Hjennesen legte mit den Methoden los, die er von den „Geheimen“ der Brandkommission gelernt hatte. Und die waren nicht mild.

Marius wurde nun nach allen Regeln der Kunst gepöbelt, er bekam nichts anderes zu essen und zu trinken als einen Knust Schwarzbrot, der ihm, zusammen mit einem rostigen Brotmesser, auf einer Leinwand herabgeschleudert wurde.

Marius schelte und sagte nein.

Da fuhr der Arrestverwalter großes Geschütz auf. Marius lag in seiner kleinen Zelle, in der eine Gaslampe brannte, er brütete stumm und müde von der vielen Quälerei vor sich hin, und als der Arrestverwalter zu ihm hereintrat und das Gas auslöschte, kroch er auf die Brüste unter die Decke und schlief gleich ein — das durfte der arme Junge noch.

Vom Kirchturm schlug es zwölf, es bräunte über den kleinen Ort, die Glockenschläge waren noch nicht verklungen, da erwachte Marius von einem teuflischen Krampf umgeworfener Ästen und Donnern an der Tür der Arrestzelle. Er fuhr hoch, Angst hatte er im Dunkel sammeln schon, die grauenhaften Spußgeschichten, mit denen die Wäbers des Armenhauses ihn als Kind unterhalten hatten, gingen ihm im Kopf herum. Er zitterte wie Espenlaub, und plötzlich fiel sein eingeschüchterter Blick auf eine leuchtende Schrift auf der rauhen Wand der Zelle. Da stand mit flammenden Buchstaben:

„Marius, bekenne deine Missetat! — Sofort.“

Marius schrie vor Angst auf, er wußte sich unter die Decke, er konnte keine Ruhe finden, über ihm leuchtete der teuflische Befehl, den der Fürst der Hölle selber unterschrieben hatte...

Als der Arrestverwalter am nächsten Morgen in die Zelle trat, um sich zu überzeugen, ob die Kur gehoffen hatte, lag Marius mit einem milden, verklärten Ausdruck in seinem kleinen, bleichen Gesicht da. Er hatte sich das Brotmesser in die Brust gehohlet. An die Wand über der Brüste hatte er mit seinem eigenen Blut und mit großen, stumpfen Buchstaben geschrieben:

„Ich bin es nicht gewesen. — Marius.“

Während der Arrestverwalter auf dem Gang umherlief und nicht aus noch ein wußte, kam die Wäbersfrau, strahlend wie ein Sommermorgen, und erzählte, das Goldstück hätte sich gefunden, es wäre Gott sei Dank nur hinter das Regal in eine Ritze gerutscht...

„Um Gotteswillen!“ sagte der Amtsgerichtsrat, als Kirke-Hjennesen zum Morgenrapport ins Büro kam, „wie sehen Sie denn aus?“

Der breite Bart des Mannes war schloßweiß geworden... Marius bekam auf Gemeindefürst ein schönes Begräbnis und eine schöne Leichenrede. Ueber das andere schmeig man, um den Respekt vor der Obrigkeit nicht zu erschüttern, aber der Arrestverwalter durfte die Arrestanten nie wieder behandeln, die Luft dazu war ihm auch vergangen, und sein Arrestverwalter kann besser und wichtiger gegen die Arrestanten sein, als es Kirke-Hjennesen von dem Tag an war.

(Besondere Uebersetzung aus dem Dänischen von Frau Adolph)